

27/1994

Helmut Kohl: Wir wollen unser Land in eine gute Zukunft führen

CDU und CSU haben nach engagierter Diskussion das Regierungsprogramm beschlossen, und wir werden es geschlossen vertreten.

Das Regierungsprogramm ist Grundlage unserer Sachaussagen im Wahlkampf. Das Programm beweist:

- ▶ Die Union ist die politische Kraft der Mitte in Deutschland.

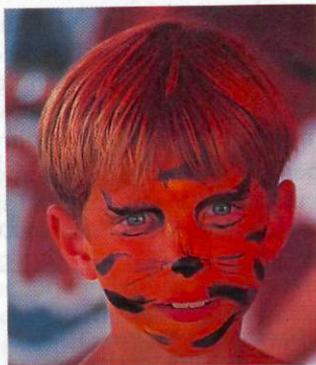
Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem CSU-Vorsitzenden Theo Waigel am 25. August im Konrad-Adenauer-Haus stellte Bundeskanzler Helmut Kohl das Regierungsprogramm von CDU und CSU vor.

- ▶ CDU und CSU sind die Parteien der Sozialen Marktwirtschaft.
- ▶ Die Union steht für verlässlichen inneren und äußeren Frieden.

Wir werben um das Vertrauen der Bürger zur Lösung der wichtigsten Aufgaben, vor denen Deutschland in den nächsten Jahren steht:

Wir wollen die innere Einheit Deutschlands vollenden. Dieses Ziel hat für uns Vorrang. Deshalb haben wir es an den Anfang des Programms gestellt. ▶

Auf in den Familiensommer



Drei große Kinder- und Familienfeste der CDU in Büsum, Templin und dem Ostseebad Prerow haben viele tausend Menschen hell begeistert.
Seite 36—38

Dokumentation

Wir sichern Deutschlands Zukunft

● Regierungsprogramm von CDU und CSU. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

CDU und CSU sind und bleiben die Parteien der deutschen Einheit. Wir haben gemeinsam mit den Menschen die staatliche Einheit gewollt und durchgesetzt. Jetzt wollen wir auch die wirtschaftliche und soziale Einheit vollenden.

Angesichts der Hinterlassenschaft des Sozialismus haben wir bereits viel erreicht. Die Menschen in den neuen Ländern haben unter schwierigen Bedingungen Außerordentliches geleistet. Sie verdienen unsere Anerkennung.

Wir wollen den Aufschwung stärken und die Bedingungen zur Schaffung neuer, zukunfts-sicherer Arbeitsplätze weiter verbessern.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Es ist uns gelungen, unsere Wirtschaft aus der schweren, weltweiten Wirtschaftskrise herauszuführen.

Aber die Sicherung des Standortes Deutschland bleibt auf der Tagesordnung, damit wir in einem weltweit härter

werdenden Wettbewerb erfolgreich bestehen.

Wir brauchen mehr Unternehmer, unser Arbeitsmarkt muß flexibler werden. Als Hochtechnologieland muß Deutschland an der Spitze des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts stehen. Fortschrittsfeindliche Ideologien und technikfeindliche Politik verspielen unsere Zukunft.

Wir wollen unser soziales Netz erhalten und die Familie stärken.

Die Stärkung von Ehe und Familie ist für uns die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe der kommenden Legislaturperiode. Das gilt für die Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs zu einem Familienleistungsausgleich ebenso wie für eine Verbesserung der Lebenssituation der Familien insgesamt. Kinder sind unsere Zukunft. Unser Ziel ist eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft.

Wir werden das Niveau der sozialen Sicherung in Deutschland erhalten und auch künftig sozialen Fortschritt ermög-

● Wahlkampf

Generalsekretär Peter Hintze: Wir stehen vor einer politischen Richtungsentscheidung. Seite 5

● Bundesvorstand

Gegen jede Form der politischen Zusammenarbeit mit rechts- oder linksradikalen Parteien. Seite 8

● CDU/CSU

Wolfgang Schäuble und Michael Glos ziehen die Bilanz einer erfolgreichen Wahlperiode:

- ▶ Konjunktur wiederbelebt
- ▶ Aufbau Ost erfolgreich

HEUTE AKTUELL

- ▶ Wirtschaftsstandort gesichert
- ▶ Haushalt konsolidiert
- ▶ DM gestärkt
- ▶ Wohnungsbau beschleunigt
- ▶ Privatisierung eingeleitet
- ▶ Bürokratie abgebaut
- ▶ Krankenkassen saniert
- ▶ Pflege durchgesetzt
- ▶ Renten gesichert
- ▶ Familien entlastet
- ▶ Soziales Netz gefestigt
- ▶ Umwelt verbessert
- ▶ Asylmißbrauch gestoppt
- ▶ Verbrechen bekämpft
- ▶ Binnenmarkt vollendet

- ▶ Europa erweitert
 - ▶ Welthandel liberalisiert
 - ▶ Bundeswehr umstrukturiert
 - ▶ Westliches Bündnis gefestigt
- Seite 9 bis 17

● Sozialdemokraten
Warum die SPD Deutschland nicht regieren darf. Seite 22

● CDU Sachsen
... und draußen am Bahnsteig lauernde abgerichtete Hunde. Rede von Fritz Hähle auf dem 7. Landespartei-tag in Dresden. Seite 28 bis 33

Theo Waigel:

Mit dem gemeinsamen Programm schaffen wir rechtzeitig vor der Wahl Klarheit

Nach intensiver Diskussion — wie immer zwischen CDU und CSU im Ton konziliant, aber in der Sache hart — ist ein gutes Programm zustande gekommen.

Es bildet eine realistische und tragfähige Konzeption für unsere Regierungsarbeit in den kommenden vier Jahren. Das

Programm enthält keine unhaltbaren oder unrealistischen Versprechungen, wie sie seitens der Opposition Tag für Tag zu hören sind.

Mit dem gemeinsamen Programm schaffen wir rechtzeitig vor der Wahl Wahrheit und Klarheit.

lichen. Das schließt die Bereitschaft ein, den begonnenen Umbau des Sozialstaates weiterzuführen und den Sozialstaat auf neue Aufgaben vorzubereiten, die sich aus dem wirtschaftlichen, demographischen und gesellschaftlichen Wandel ergeben. Die Durchsetzung der Pflegeversicherung ist dafür ein aktuelles Beispiel.

Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahren.

Natur und Umwelt als Teil der Schöpfung zu schützen, ist für CDU und CSU selbstverständliche Aufgabe. Wir werden die ökologische Dimension der Sozialen Marktwirtschaft ausbauen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umweltschutz weiter vorantreiben.

Wir wollen die Innere Sicherheit gewährleisten.

Wir wollen keinen autoritären Staat, aber einen Staat mit Autorität. Wir sagen den internationalen Banden der Drogendealer, Menschenhändler und Atomsmuggler einen harten und entschlossenen Kampf an. Wir brauchen deshalb das Verbrechensbekämpfungsgesetz. Es wird von der SPD immer noch im Bundesrat blockiert.

Wir wollen Frieden und Freiheit sichern und Europas Einheit in föderaler Vielfalt ausgestalten.

Das wiedervereinigte Deutschland hat einen geachteten Platz in der Völkergemeinschaft. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat unseren Frieden und unsere Freiheit sicherer gemacht.

Ein klarer Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik ist für Deutschland von höchster Bedeutung. Nur so können wir ein verlässlicher Partner bei der Einigung Europas ebenso wie beim Schutz von Frieden, Freiheit und Menschenwürde weltweit bleiben. Deutschland muß im Rahmen seiner internationalen Verpflichtungen Mitverantwortung übernehmen. Alles andere setzt Deutschlands Glaubwürdigkeit aufs Spiel.

Unser Regierungsprogramm bekräftigt den Anspruch von CDU und CSU, Deutschlands Zukunft zu gestalten. Wir treten nicht mit Versprechungen vor die Wähler. Milliardenschwere Wahlschenke gibt es bei uns nicht. Versuche der Wählertäuschung überlassen wir der Opposition. Richtschnur unseres Handelns bleibt eine verlässliche und solide

Finanzpolitik. Wir werden unseren Kurs der Konsolidierung unbeirrt fortführen. Dies ist die zwingende Voraussetzung für Wachstum und Arbeitsplätze, Preisstabilität und eine stabile D-Mark.

Die CDU eröffnet am kommenden Sonntag in Dortmund die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes. Unsere Mitglieder und Freunde sind motiviert. Wir führen einen offensiven Wahlkampf — wir kämpfen um jede Stimme. Denn auch, wenn unsere Chancen günstig stehen — die Wahlen sind noch nicht entschieden. Es geht um viel — es geht um die Zukunft Deutschlands, es geht um eine Richtungsentscheidung.

Die Bürgerinnen und Bürger stehen vor einer klaren Alternative:

- Entweder wird unsere Zukunft durch ein rot-grünes Abenteuer mit Unterstützung der kommunistischen PDS gefährdet oder
- wir nutzen die großartigen Chancen, die sich am Ende unseres Jahrhunderts bieten.

Wahlrecht ist vornehmste Bürgerpflicht. Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Nicht wählen kann Extremisten zur Teilhabe an der Macht verhelfen. Sachsen-Anhalt hat das gezeigt.

Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger um das Gespräch. Wir laden ein zu Tausenden von Veranstaltungen überall in unserem Land.

Wir haben auf der Grundlage unserer Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart, unserer Überzeugungen und Programme eine hervorragende Chance, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen und unser Land in eine gute Zukunft zu führen.



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

**Damit es
weiter
aufwärts
geht**

CDU

Peter Hintze: Wir stehen vor einer politischen Richtungsentscheidung

Die Zustimmung zu unserer Politik und zu unserem Bundeskanzler wächst, der Kandidat der Opposition ist zurückgefallen. Mit dieser Feststellung hat Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz am 24. August im Konrad-Adenauer-Haus die Ausgangslage beschrieben, in der die CDU ihren Bundestagswahlkampf beginnt.

Peter Hintze: Trotzdem möchte ich unsere Mitglieder und Freunde eindringlich darauf hinweisen, daß die Entscheidung noch nicht gefallen ist. Wir haben noch einen harten und schwierigen Wahlkampf vor uns. Wir müssen uns in diesem Wahlkampf um jede Stimme und um jeden Wähler bemühen.

Wie seit Jahren nicht mehr stehen wir vor einer zukunftsweisenden Richtungsentscheidung. Es besteht die reale Gefahr, daß die kommunistische PDS über die Wahlrechtsregelung, nach der bei drei Direktmandaten der volle Stimmenanteil auch unter 5 Prozent wirksam wird, in den Bundestag einzieht.

Es besteht die reale Gefahr, daß die kommunistische PDS zum Zünglein an der Waage wird und über die Zukunft der deutschen Politik entscheidet.

Bis zu den Wahlen in Sachsen-Anhalt sah es so aus, als würden die Bundestagswahlen ein Kampf um die politische Mitte

sein. Jetzt stellt sich heraus: Es ist eine Auseinandersetzung zwischen der politischen Mitte und einem Linksbündnis von SPD/Grüne unter wie auch immer geariteter Einbeziehung der PDS.

Die 53 Tage bis zur Wahl werden wir nutzen. Am Wahltag wird es um drei Entscheidungen gehen:

- Es wird um eine Kanzlerentscheidung gehen,
- es wird um eine Aufschwungentscheidung gehen, und
- es wird um eine Richtungsentscheidung gehen.

Sowohl unsere Wahlkampfstrategie als auch unsere Wahlkampfmittel sind auf diese drei Entscheidungen abgestellt.

Bei der Richtungsentscheidung geht es um die Frage: Koalition der Mitte oder Linksbündnis. Nach dem Magdeburger Tabubruch der Sozialdemokraten ist diese Alternative eindeutig. Sie wird auch immer mehr Wählerinnen und Wähler klar und deutlich. Mit unserem Rote-Socken-Plakat haben wir die Diskussion darüber angestoßen. Wir werden dieses Plakat auch weiter den Kreisverbänden anbieten — nicht zuletzt wegen der großen Nachfrage in West und in Ost.

Die Aufschwungentscheidung wird eine Entscheidung über die Fortsetzung von Wachstum und Beschäftigung sein, und deswegen lautet der zentrale Wahl-

● Helmut Kohl

Format DIN A1: Best.-Nr. 8983

Format DIN A0: Best.-Nr. 8984

Verpackungseinheit: 100 Expl., Preis je 100 Expl.: 29,— DM (A1) und 55,— DM (A0)

● Damit es weiter aufwärts geht

Format DIN A1: Best.-Nr. 8990

Format DIN A0: Best.-Nr. 8991

kampfslogan der CDU „Damit es weiter aufwärts geht“ (Abb. auf Seite 4).

Sie werden diesen Slogan in der heißen Phase des Wahlkampfes auf vielen tausend Großflächen finden, auf City-light-Postern und auch auf Litfaßsäulen. Der Aufschwung ist bundesweit unser Thema. Damit aber jeder weiß, wer für den Aufschwung in Deutschland verantwortlich ist, plakatieren wir bundesweit den Bundeskanzler. Die Kanzlerentscheidung ist die zentrale Entscheidung, die es bei dieser Wahl zu treffen gilt.

Also: Weiter aufwärts mit der CDU und beide Stimmen für die CDU, damit Helmut Kohl Kanzler bleibt!

Unser Slogan ist durch politische Fakten begründet. Daß der Aufschwung in Fahrt gekommen ist, kann jede Wählerin und jeder Wähler nachvollziehen:

- Wir haben im westlichen Bundesgebiet ein reales Wachstum von über zwei Prozent für dieses Jahr zu erwarten.
- Wir haben in den neuen Ländern ein Wachstum von über 9 Prozent zu erwarten.
- Wir haben eine Geldwertstabilität, die schon fast als sensationell zu bezeichnen ist.

Denken Sie bitte noch an all die Schwarzmalereien und all die negativen Prognosen beim Start in die deutsche Einheit. Wir haben die schweren Aufgaben gemeistert. Es kommt jetzt darauf an, Wachstum zu stärken, das Geld auch weiterhin stabil zu halten und vor allem Beschäftigungsimpulse zu geben.

Wir haben mit unserer Politik die Rahmenbedingungen für diesen Aufschwung gesetzt. Standortsicherungsgesetz, das Föderale Konsolidierungsprogramm, unser Aktionsprogramm „Für Wachstum

und Beschäftigung“ — all diese Maßnahmen greifen, und die Menschen spüren das.

Die Opposition hat dagegen nur schwarzgemalt. Sie hat bis in den Europawahlkampf hinein gesagt, das kommt alles nicht, es wird alles nichts, wir schaffen es nicht. Sie ist mit ihrem Pessimismus gescheitert, aber sie hat auf diese Weise dazu beigetragen, den Wählerinnen und Wählern die Entscheidungsalternative klarer zu machen.

Wer weiter auf den Aufschwung, auf eine Aufwärtsbewegung setzt, der muß diesmal die CDU wählen.

Die wirtschaftliche Entwicklung und neue zukunftssichere Arbeitsplätze sind das entscheidende Thema dieser Wahl.

Wahlkampf-Argumente



Wir setzen darauf, daß die Wähler sich am 16. Oktober für den Aufschwung entscheiden und CDU wählen.

Die Kanzlerentscheidung ist das zweite große Thema. Wir beginnen deswegen die Plakatierung ausschließlich mit dem Kanzlerplakat (Abb. auf Seite 4). Es spricht für sich und wird durch keinen Slogan ergänzt: Helmut Kohl unter vielen Menschen, eine Aufnahme von einer Europawahlkampfveranstaltung in Stendal, wo viele tausend Menschen zum Bundeskanzler gekommen sind.

Dieses Plakat wird bundesweit den Bundeskanzler als Kanzler aller Deutschen charakterisieren, und es wird unseren Wahlkampf eröffnen. In der zweiten

Phase wird dann bundesweit das Sloganplakat „Damit es weiter aufwärts geht“ hinzutreten — auf Großflächen, City-light-Postern auf Litfaßsäulen, auf der Parteiplakatierung.

Insgesamt wollen wir einen sehr modernen Wahlkampf machen und die Erfahrungen aus dem Europawahlkampf auch in diesem Wahlkampf zur Geltung bringen.

Wir wollen auf eine Reihe traditioneller Wahlkampfmittel verzichten und statt dessen auf Gespräche setzen. „Gespräche statt Materialschlacht“ ist auch die Grundidee dieses Wahlkampfes.

- Wir werden unsere Telefonaktion „Bonn 1994“ fortsetzen und intensivieren.
- Wir werden auch in diesem Bundestagswahlkampf wieder über hunderttausend eigene Mitglieder anrufen.
- Wir haben die Datenverarbeitung für den Europawahlkampf entdeckt, und wir werden dieses Mittel im Bundestagswahlkampf verstärkt nutzen. Alle unsere Argumente gibt es benutzerfreundlich auf Diskette.

Mit allen diesen Mitteln gehen wir in den Wahlkampf, der aber keine Unterbrechung der Politik bedeutet. Wir werden auch während dieses Wahlkampfes politisch weiter arbeiten, und wir werden in diesem Wahlkampf natürlich auch die Opposition politisch stellen.

Die Dauerblockade des Verbrechensbekämpfungsgesetzes durch die SPD wer-

den wir ebenso zum Thema machen, wie wir bei der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag deutlich machen werden, wie die politische Gestaltung im kommenden Jahr aussieht. Die Opposition wird dann die Differenz zwischen ihren großen Versprechungen und den Möglichkeiten der Finanzierung offenlegen müssen.

Es wird also ein moderner, ein spannender, ein politischer Wahlkampf, bei dem wir aber auch auf eine traditionelle Wahlkampfform nicht verzichten, sondern sie sogar zu einem ganz zentralen Wahlkampfelement ausgestalten werden. Das sind die Großkundgebungen des Bundeskanzlers.

Über 100 Veranstaltungen mit Helmut Kohl

Helmut Kohl genießt bei seinen Kundgebungen überall im Bundesgebiet, egal ob im ländlichen Raum oder in der Großstadt, ein Interesse der Bevölkerung, wie wir es bei keinem anderen deutschen Politiker auch nur annähernd erleben.

Der Bundeskanzler wird mit über 100 Veranstaltungen in diesem Wahlkampf präsent sein und diesen Wahlkampf ganz persönlich tragen.

Wenn wir bis zum Wahltag einen guten Wahlkampf führen, können wir dem 16. Oktober zwar mit Spannung, aber auch voller Hoffnung entgegensehen.

Info-Diskette der JU-Bundesgeschäftsstelle

Nachdem wir bereits über DATEX-J und KomSys der CDU-Bundesgeschäftsstelle erreichbar sind bzw. Informationen weiterleiten können, haben wir nun die erste Diskette mit Infos über die Junge Union fertiggestellt. Diese kann zum Preis von 2,95 DM pro Stück bei uns bestellt werden. Bestellungen bei: **Junge Union Deutschlands, Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Telefon (02 28) 31 00 11, Telefax (02 28) 38 45 20.**

Gegen jede Form der politischen Zusammenarbeit mit rechts- oder linksradikalen Parteien

Der Bundesvorstand hat am 22. August folgende Erklärung beschlossen:

Die Bundestagswahl 1994 wird eine Richtungsentscheidung von weitreichender Bedeutung sein. Sie wird die Zukunft Deutschlands für lange Zeit prägen. Es geht darum, ob

- unser Land weiterhin zuverlässig und erfolgreich durch die Koalition von CDU/CSU und FDP aus der politischen Mitte regiert wird, oder ob
- Deutschland unter dem Einfluß eines Bündnisses aus SPD, Grünen und der kommunistischen PDS weit nach links abdriftet.

In Magdeburg kündigte die SPD die Solidarität der Demokraten auf. Um der Macht willen haben sich Sozialdemokraten in die Abhängigkeit der kommunistischen PDS begeben. Die SPD verrät damit nicht nur ihre eigene Tradition, für die der Name Kurt Schumachers steht. Sie verläßt damit den seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlichen Konsens aller Demokraten im Kampf gegen den Radikalismus von Links und Rechts.

Die PDS/SED trägt die Verantwortung für Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl, die großes Leid über Millionen Menschen gebracht haben. Die PDS verteidigt unbeirrt die gescheiterte sozialisti-

sche Ideologie und bezeichnet sich als Partei für jene, „die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen“. Die PDS ist eine antidemokratische Partei.

Die SPD hat gezeigt, daß sie keine Scheu hat, ihre Versprechungen zu brechen und bereit ist, um der Macht willen auch mit solchen undemokratischen Kräften zusammenzuarbeiten. Den Beteuerungen der SPD, im Bund keine Zusammenarbeit mit der PDS einzugehen, fehlt jede Glaubwürdigkeit. Jeder SPD-Wähler muß damit rechnen, daß seine Stimme dazu beitragen könnte, der kommunistischen PDS weiteren politischen Einfluß zu verschaffen.

Die CDU lehnt jede Form der politischen Zusammenarbeit mit rechts- oder linksradikalen Parteien entschieden ab und wird weiterhin mit aller Konsequenz dafür kämpfen, daß unser Land nicht wieder in die Hände radikaler Kräfte gerät.

Der Bundesvorstand der CDU ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, bei der Bundestagswahl dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland stabil und berechenbar bleibt. Am 16. Oktober steht viel auf dem Spiel. SPD, Grüne und die kommunistische PDS dürfen nicht in Frage stellen, was wir gemeinsam in Deutschland erreicht haben.

Die CDU und Bundeskanzler Helmut Kohl stehen dafür, daß es in Deutschland weiter aufwärts geht.

Eine Bilanz des Erfolges

Die wohl erfolgreichste Wahlperiode seit Gründung der Bundesrepublik nähert sich ihrem Abschluß. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Regierung haben in den zurückliegenden vier Jahren Gewaltiges geleistet.

Diese Leistung ist ohne Beispiel, weil drei große Herausforderungen gleichzeitig zu bewältigen waren:

- die Überwindung der Folgen von 40 Jahren Teilung und sozialistischer Mißwirtschaft im Osten Deutschlands, eine Aufgabe, der nach der Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit erste Priorität zukommen mußte;
 - die Formulierung von Antworten auf globale Herausforderungen, die sich immer drängender stellen: neue Gefährdungen für Frieden und Sicherheit, ein verschärfter Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten, globale Umweltbelastungen, ein verschärfter Zuwanderungsdruck auf Europa, die Zunahme grenzüberschreitender Kriminalität;
 - schließlich die überfällige Modernisierung Deutschlands als Zukunftsstandort, eingeschlossen ein grundlegender Umbau unserer sozialen Sicherungssysteme — eine Aufgabe, um die die sozialliberale Koalition seinerzeit noch einen großen Bogen gemacht hatte.
- Bundesregierung und Bundestagsfraktion ist es gelungen, alle diese Aufgaben gleichgewichtig anzupacken, geeignete Weichenstellungen vorzunehmen und überzeugende Lösungen herbeizuführen. Unsere Erfolge können sich sehen lassen.

● Konjunktur wiederbelebt

In den vergangenen vier Jahren waren die Belastungen aus dem wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Ländern, der weltweiten Rezession und der Kosten- und Strukturprobleme in den alten Ländern zu meistern.

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesfinanzminister Theo Waigel haben mit ihrer konsequenten Wachstums- und Konsolidierungspolitik die Voraussetzun-

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und **Michael Glos**, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und 1. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender: Gewaltiges geleistet.

gen dafür geschaffen, daß unsere Wirtschaft das Tal schnell durchschritten hat. In ganz Deutschland geht es wieder aufwärts. Die Aufträge, die Produktion und die Exporte haben stark angezogen. Die Unternehmen blicken mit großer Zuversicht in die Zukunft. Unsere Wirtschaft ist wieder auf Wachstumskurs. Das Bruttoinlandprodukt wird in diesem Jahr um zwei Prozent steigen.

● Aufbau Ost erfolgreich

Die Legislaturperiode stand im Zeichen des Aufbaus in den neuen Ländern. Für dieses Ziel wurden zwischen 1991 und 1994 Finanztransfers in Höhe von 640 Mrd. DM von West- nach Ostdeutschland geleistet. Die Erfolge der

gewaltigen Anstrengungen treten immer deutlicher zutage. Wir haben die Wirtschaft im Osten in Gang gebracht:

Mit einem realen Wachstum von voraussichtlich 9 Prozent für 1994 gehören die neuen Ländern inzwischen zu den dynamischsten Wachstumsregionen der Welt. Seit 1990 sind über 600.000 neue Unternehmen gegründet worden. Staat und Wirtschaft werden 1994 160 Mrd. DM in Gebäude, Anlagen und Maschinen investieren, fast doppelt so viel wie 1991. Je Erwerbstätigen sind die Investitionen im Osten Deutschlands inzwischen nahezu dreimal so hoch wie im Westen.

Die Treuhandanstalt hat ihre Privatisierungsaufgabe praktisch erfüllt und 1,5 Mio. Arbeitsplätze gesichert. Auch der schwierige industrielle Strukturwandel verläuft erfolgreich. Die Industrieproduktion hat inzwischen zweistellige Zuwachsraten und steht damit dem Wachstumsmotor Bauwirtschaft nicht mehr nach. Moderne Technologien sind der tragende Pfeiler für diese Entwicklung.

In den neuen Ländern entsteht das modernste Telekommunikationsnetz der Welt. Mit Investitionen von über 60 Mrd. DM werden bis 1997 über 7 Mio. neue Telefonanschlüsse errichtet. Seit 1990 haben wir rd. 21 Mrd. DM in das Schienennetz der neuen Länder investiert; 50 Mrd. DM in die gesamte Verkehrsinfrastruktur.

● **Wirtschaftsstandort gesichert**

Die Bundesregierung unter Helmut Kohl hat auf den härter werdenden Wettbewerb und die sich wandelnden binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schnell und entschlossen reagiert.

Zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland sind in kürzester Zeit fast 100 Maßnahmen und Initiativen abgeschlossen bzw. auf den Weg gebracht worden, die wichtigsten zusammengefaßt

im Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung:

Mit Existenzgründungsoffensiven und der Unterstützung risikoreicher Unternehmensgründungen wurde der Mittelstand als Herz und Motor unserer Wirtschaft gestärkt.

In zwei Schritten, mit dem Steueränderungsgesetz 1992 und mit dem Standorticherungsgesetz ab 1994, wurden unsere Unternehmen bei den ertragsunabhängigen Steuern und bei den Unternehmenserträgen stark entlastet. Die Ertragsbesteuerung der Unternehmen wurde auf das niedrigste Niveau seit Bestehen der Bundesrepublik gesenkt.

Der Arbeitsmarkt wird in Zukunft besser funktionieren, weil wir private Arbeitsvermittler zulassen, Teilzeitbeschäftigung fördern, die Zuverlässigkeit befristeter Arbeitsverträge verlängern und Lohnkostenzuschüsse begrenzen.

Die Basis für unsere technologische Wettbewerbsfähigkeit wurde gefestigt: Der Transrapid wurde auf die Schiene gesetzt, die Forschungsmöglichkeiten bei der Gentechnik stark verbessert. Damit werden Investitionen erleichtert, die zu neuem Wachstum und zu neuen Arbeitsplätzen führen werden.

● **Haushalt konsolidiert, D-Mark gestärkt**

Die Finanzierung des Aufbaus in den neuen Ländern, die Übernahme der Erblasten des Sozialismus und die jetzt überwundene Konjunkturflaute haben die öffentlichen Haushalte in Deutschland stark belastet.

So leistete alleine der Bund von 1990 bis 1994 rd. 460 Mrd. DM für den Aufbau in den neuen Ländern. Trotz dieser enormen Investitionen konnte die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Grenzen gehalten werden. Noch immer weist Deutschland deutlich geringere Defizite

auf als viele andere Industrieländer, die keine vergleichbare Aufgabe zu bewältigen haben.

An der konsequenten Spar- und Konsolidierungspolitik von Bundesfinanzminister Theo Waigel führt kein Weg vorbei. Seit der Wiedervereinigung konnten im Bundeshaushalt dauerhaft bereits rund 70 Mrd. DM eingespart werden. Auch für die Jahre 1994 und 1996 sind Einsparungen von über 90 Mrd. DM beschlossene Sache. Mit Subventionsabbau (seit 1990 41,5 DM mit jährlicher Dauerwirkung), mit Mißbrauchsbekämpfung und der Begrenzung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst werden wir dieses Ziel erreichen.

Ergebnis unserer strikten Konsolidierungs- und Wachstumspolitik sind niedrige Zinsen als wichtige Voraussetzung für die Stärkung der Investitionskraft unserer Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist der rückläufige Preisanstieg: 1994 werden wir wieder eine Preissteigerungsrate mit einer 2 vor dem Komma haben, wie zuletzt 1990, im Jahr der Wiedervereinigung Deutschlands.

● **Wohnungsbau beschleunigt**

Eine ausreichende und angemessene Wohnraumversorgung ist elementarer Bestandteil unseres Staates und damit der Politik der Bundesregierung unter Helmut Kohl.

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode ist die Zahl der fertiggestellten Wohnungen von Jahr zu Jahr gestiegen: zwischen 1990 und 1994 sind in Deutschland rund 2 Millionen Wohnungen neu gebaut worden. Allein für das laufende Jahr rechnen Experten mit einer Fertigstellung von 550.000 Wohnungen.

In den neuen Ländern wurde mit dem Gesetz über Altschuldenhilfen der Weg für eine zügige Modernisierung und Aus-

weitung des Wohnungsbestandes gebnet. Mit dem Wohnbaulandgesetz sind in den Kommunen die nötigen Instrumente zur zügigen Baulandausweisung an die Hand gegeben worden. Auch der soziale Wohnungsbau wurde grundlegend reformiert: Mit dem Wohnungsbauförderungs-gesetz 1994 und der einkommensorientierten Förderung stehen 30 Prozent mehr Wohnungen im sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

● **Privatisierung eingeleitet**

Die Bundesregierung hat in der zu Ende gehenden Wahlperiode die notwendigen

Wahlkampf-Argumente



Weichenstellungen vorgenommen, um den Anteil des Staates am Wirtschaftsleben zurückzuführen, weil nur so Freiräume für mehr Privatinitiative entstehen können.

Es wurden seit 1990 sieben Beteiligungen des Bundes vollständig und zwei weitere Beteiligungen teilweise abgegeben. Der Privatisierungserlös betrug 1,7 Mrd. DM. Zudem sind die Weichen für weitere Privatisierungen gestellt. Dies gilt insbesondere für die Lufthansa.

Darüber hinaus sichern die Bahnreform und die Postreform die Weiterentwicklung einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur weit über das Jahr 2000 hinaus. Mit der am 1. Januar 1994 in Kraft getretenen Bahnreform wird die Wettbewerbsfähigkeit der Bahn durch Privatisierung, Rationalisierung und Öffnung des Schienennetzes für andere Bewerber gestärkt, die Bahn wird zu einem moder-

nen und konkurrenzfähigen Dienstleistungsunternehmen umgestaltet, der Verkehr wird zunehmend von der Straße auf die Schiene verlagert. Ebenso werden die mit der Postreform I verselbständigten drei Unternehmen Telekom, Postdienst und Postbank durch Postreform II zur Verbesserung ihrer nationalen Wettbewerbsfähigkeit in Aktiengesellschaften umgewandelt. Auf diese Weise erhalten die Unternehmen die nötige Handlungsfreiheit, um auch in Zukunft am Markt bestehen zu können.

● Bürokratie abgebaut

In der zu Ende gehenden Wahlperiode hat die Bundesregierung umfassende Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Deregulierung ergriffen und damit neue Freiräume für Verbraucher, Wirtschaft und Investoren eröffnet.

Hervorzuheben ist insbesondere die erfolgreiche Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die Entbürokratisierung von Genehmigungsverfahren im Baurecht und im städtebaulichen Planungsrecht wurde durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz ein wichtiges Stück vorangebracht. Auch durch die Planungen für Straßen, Schienen und Kanäle in den neuen Ländern konnten erhebliche Fristverkürzungen erzielt werden. Mit dem Planungsvereinfachungsgesetz sind die entsprechenden Beschleunigungsmaßnahmen für das übrige Bundesgebiet übernommen worden.

Gleichzeitig ist es gelungen, nach dem einigungsbedingten Zuwachs das Personal des Bundes gegenüber dem Vorjahr um über 6.000 Stellen und 1994 erneut um knapp 13.000 Stellen zu vermindern. Der Personalabbau wird auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden.

● Krankenkassen saniert

Der unionsgeführten Bundesregierung ist es gelungen, was Jahrzehnte kaum jemand für möglich hielt:

Der überproportionale Anstieg der Kosten im Gesundheitswesen wurde gestoppt. Noch 1991 und 1992 haben die gesetzlichen Krankenkassen doppelt soviel ausgegeben, wie sie an Beiträgen einnahmen. Die Folge waren Defizite allein in den alten Ländern von 5,6 Mrd. DM in 1991 und 9,1 Mrd. DM in 1992. Aus diesem Defizit ist 1993 im gesamten Bundesgebiet ein Überschuß von 10,4 Mrd. DM geworden. Auch 1994 hält diese günstige Entwicklung an.

Dies ist der große Erfolg des Gesundheitsstrukturgesetzes, das am 1. 1. 1993 in Kraft getreten ist. Mit dem Gesetz sind Kostensenkungen erreicht worden, ohne daß es zu Qualitätseinbußen bei der medizinischen Versorgung gekommen ist. Entsprechend sind die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung nicht weiter gestiegen, und es ist Spielraum für künftige Beitragssenkungen entstanden.

● Pflege durchgesetzt

Nach fast 20jähriger Diskussion um die Absicherung des Pflegerisikos ist es der von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten Regierung gelungen, eine soziale Pflegeversicherung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenkassen einzuführen. Damit wurde die letzte große Lücke in unserem sozialen Sicherungssystem geschlossen und ein für die 1,65 Mio. Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen unerträglicher Zustand beendet.

Mit der Pflegeversicherung wird das große Lebensrisiko der Pflegebedürftigkeit bei Unfall, Krankheit oder durch Alter abgesichert. Als Leistungen werden vorrangig Hilfen zur häuslichen Pflege gewährt, um den Pflegebedürftigen möglichst lange das Verbleiben in der

gewohnten häuslichen Umgebung zu ermöglichen. Die Pflegeversicherung wird zu gleichen Teilen aus Beiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Da eine weitere Belastung von Unternehmen vermieden werden muß, um Arbeitsplätze nicht zu gefährden, ist für die Arbeitgeber eine Kompensation durch Streichung zunächst eines gesetzlichen Feiertages vorgesehen.

● Renten gesichert

Zum 1.1.1992 ist das Rentenreformgesetz in den alten und in den neuen Ländern in Kraft getreten.

Mit der Rentenreform 1992 ist es gelungen, das bewährte System der lohn- und beitragsbezogenen Rente zu erhalten und langfristig zu sichern. Das Rentenreformgesetz sieht die jährliche Anpassung der Renten zum 1. Juli entsprechend der Nettolohnentwicklung vor, d.h. die Renten steigen automatisch im selben Maße wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer.

Inbesondere für die Rentner in den neuen Ländern hat das Gesetz entscheidende Verbesserungen gebracht: Die verfügbare Standardrente eines Durchschnittsverdieners im Osten (45 Versicherungsjahre) ist vom 1. 7. 1994 von 672 DM auf 1.451 DM gestiegen und hat damit 75 Prozent einer vergleichbaren Westrente erreicht. Trotzdem sind die Beiträge zur Rentenversicherung stabil geblieben. Mehr noch: 1993 war der Beitragssatz mit 17,5 Prozent (je zur Hälfte getragen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern) auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren.

● Familien entlastet

Auch in der zurückliegenden Wahlperiode wurde — wie in den Jahren zuvor — der Familienlastenausgleich weiter ausgebaut.

Dadurch hat sich die wirtschaftliche Lage der Familien mit Kindern erheblich verbessert. Durch die Anhebung des Kinderfreibetrages von 3.024 DM auf 4.104 DM mit Wirkung ab 1992 und die Erhöhung des Kindergeldes für das erste Kind ab 1. Januar 1992 auf 70 DM monatlich ist der geringeren steuerlichen Leistungsfähigkeit von Eltern mit Kindern Rechnung getragen worden. Bereits ab 1. Juli 1990 wurde das Kindergeld für das zweite Kind von monatlich 100 DM auf 130 DM angehoben.

Auch die Leistungen nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz sind erheblich verbessert worden: Für Kinder, die nach dem 1.1.1992 geboren sind, gibt es jetzt 3 Jahre Erziehungsurlaub, für Kinder, die nach dem 1.1.1993 geboren sind, besteht 2 Jahre lang Anspruch auf Erziehungsgeld. Für die ab dem 1. 1. 1992 geborenen Kinder werden der Mutter bzw. dem Vater jeweils 3 Erziehungsjahre bei der Rente angerechnet.

Insgesamt stieg der Umfang der Leistungen für die Familien aus Transferzahlungen und Steuererleichterungen von über 63 Mrd. DM in 1990 auf über 90 Mrd. DM in 1994. In jüngster Zeit wurde ein Teil der Transferleistungen stärker einkommensabhängig gestaltet, wodurch die soziale Treffsicherheit erhöht und der Leistungsumfang insgesamt reduziert werden konnte.

● Soziales Netz gefestigt

1993 hat sich die Summe aller Sozialleistungen, die von staatlichen Einrichtungen

Wahlkampf-Argumente



gen gewährt werden, auf den stolzen Betrag von 1.063 Mrd. DM addiert. Das ist mehr als das Doppelte des Bundeshaushalts, der höchste Betrag, der jemals erreicht wurde. Gegenüber 1989 hat sich die Summe aller Sozialleistungen damit um rd. 380 Mrd. DM erhöht, das ist eine Steigerung um 56 Prozent. Dies ist darauf zurückzuführen, daß das soziale Netz mit der Wiedervereinigung schlagartig 81 statt bisher 65 Millionen Bürgern Halt gewähren mußte. Insbesondere galt es, den Verlust von unrentablen Arbeitsplätzen im Osten Deutschlands sozial abzufedern. Dies alles ist erreicht worden, ohne daß die Sozialversicherungsbeiträge drastisch erhöht werden mußten; sie lagen 1993 mit 17,9 Prozent nur unwesentlich höher als am Ende der sozialliberalen Koalition 1982.

● Umwelt verbessert

Unsere Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt haben zu durchgreifenden Erfolgen geführt.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen konnten im Zeitraum von 1990 bis 1993 um über 100 Mio. t, von 1.003 Mio. t auf 894 Mio. t gesenkt werden. Bereits 1991 gingen die Schwefeldioxid-Emissionen gegenüber 1980 um 40 Prozent zurück, bei den Stickoxiden betrug der Rückgang gegenüber 1985 15 Prozent. Zumal der Rückgang der SO₂-Emissionen hat dazu geführt, daß es in den alten Ländern selbst unter ungünstigen austauscharmen Wetterlagen im Herbst und im Winter kaum noch zur Auslösung von Smog-Alarm kommt.

Deutschland ist in diesem Jahr als erstes Land der Welt vollständig aus der Produktion von Fluorkohlenwasserstoffen (FCKW) ausgestiegen. Mit dieser Vorreiterrolle haben wir zugleich eine erhebliche Beschleunigung des weltweiten FCKW-Ausstiegs erreicht.

1993 wurden über 1 Mio. t Verpackungen weniger verbraucht als 1991, 11,8 Mio. t statt 12,8 Mio. t — ein Erfolg unserer Maßnahmen gegen den Verpackungsmüll.

In den neuen Ländern hat der Aufbau leistungsfähiger Produktionsanlagen und

Wahlkampf-Argumente



die Stilllegung veralteter Betriebe zu einer spürbaren Entlastung der katastrophalen Umweltsituation geführt, insbesondere im Bereich der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes. Von 1987 bis 1993 gingen die energiebezogenen CO₂-Emissionen um 48 Prozent zurück, die SO₂-Emissionen um 35 Prozent, Kohlenmonoxyd um 33 Prozent und die Staub-Emissionen um 46 Prozent.

Die hohen Umweltstandards haben der deutschen Umweltechnik 1991 zu einem Anteil am Weltmarkt von 21 Prozent verholfen, noch vor den USA und Japan. 680.000 Menschen arbeiten heute im Umweltschutz; bis zum Jahr 2000 wird mit 1,1 Mio. zum Teil hochqualifizierten Arbeitsplätzen in diesem Bereich gerechnet. Damit haben wir die Umweltechnik zu einer der dynamischsten Wachstumsbranche in Deutschland gemacht.

● Asylmißbrauch gestoppt

Die Neuregelung unseres Asylrechts sieht vor, daß in Deutschland niemand mehr Asyl erhalten kann, wenn er sich vor seiner Einreise in einem Land befand, in dem er vor Verfolgung sicher war.

Nach dem Inkrafttreten der Neuregelung am 1. Juli 1993 ist die Zahl der Asylbewerber drastisch um mehr als zwei Drittel zurückgegangen. Hatten wir in dem Jahr vor Inkrafttreten des neuen Asylrechts noch durchschnittlich etwa 40.000 Asylbewerber im Monat, so sank die Zahl der Anträge im 2. Quartal 1994 auf monatlich deutlich unter 10.000.

Die veränderte Rechtslage, die Beschleunigung der Verfahren und nicht zuletzt die mit verschiedenen Staaten abgeschlossenen Rückübernahmeabkommen (z.B. Rumänien, Polen) ermöglichen auch eine schnellere Abschiebung von Asylbewerbern, deren Anträge abgelehnt worden sind. Auf diese Weise stellen wir sicher, daß das Grundgesetz auf Schutz vor politischer Verfolgung nur denjenigen zukommen wird, die dieses Schutzes auch tatsächlich bedürfen.

● **Verbrechen bekämpft**

Mit verschiedenen Maßnahmen konnte die Verbrechensbekämpfung verstärkt und konnten der Polizei, den Staatsanwaltschaften sowie den Gerichten neue Instrumente zur Verfolgung von Straftätern zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem 1992 verabschiedeten Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität wurden neue Möglichkeiten geschaffen, wirkungsvoll gegen den illegalen Rauschgifthandel, den Waffen- und Menschenhandel sowie gegen Banden vorzugehen, die mit Serienebstahl und Schutzgelderpressung arbeiten. Insbesondere ermöglicht das Gesetz, den durch organisierte Kriminalität erwirtschafteten Gewinn abzuschöpfen und damit zugleich das Investitionskapital für künftige Straftaten zu entziehen. Ergänzt wurde dies durch ein Gesetz zur Bekämpfung der Geldwäsche, das das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten erleichtert und Finanztransaktionen mit illegal erzielten Gewinnen erschwert.

Zumal im Bereich der Rauschgiftdelikte wurden wichtige Erfolge erzielt. So sank die Zahl der Erstkonsumenten harter Drogen 1993 gegenüber dem Vorjahr von 14.364 auf 13.050. Auch die Zahl der Rauschgifttoten ging 1993 weiter zurück, von 2.099 auf 1.7387.

Mit dem von der Regierungskoalition im Bundestag verabschiedeten Verbrechensbekämpfungsgesetz soll ein härteres Vorgehen gegen Kriminalität und Gewalt ermöglicht werden. Strafverfahren werden beschleunigt, das Haftrecht wird geändert, um in weit stärkerem Maße Untersuchungshaft anordnen zu können, die Strafen für Körperverletzung werden verschärft, und strafrechtliche Lücken werden geschlossen, um gegen Rechtsextremisten besser vorgehen zu können. Die Koalition hat damit bewiesen, daß sie entschlossen ist, Kriminalität und Gewalt weiter mit allen erforderlichen Mitteln zu bekämpfen.

● **Binnenmarkt vollendet**

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes zum 1. Januar 1993 — von der Regierung Helmut Kohl maßgeblich vorangetrieben — war der wichtigste Schritt zur wirtschaftlichen Integration Europas seit der Gründung der Gemeinschaft im Jahre 1958.

Ein Jahr später, zum 1.1.1994, sind die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes — Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit — auch auf die ehemaligen EFTA-Staaten (außer Schweiz) ausgedehnt worden. Damit ist der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) entstanden, mit 380 Mio. Verbrauchern der größte Markt der Welt.

Für Deutschland als Exportnation ist die Beseitigung von Handelshemmnissen von vitalem Interesse. Denn jeder dritte deutsche Arbeitsplatz hängt vom Export ab, und über 70 Prozent unserer Exporte

gehen in den Europäischen Wirtschaftsraum. Allein durch die Beseitigung direkter und indirekter Grenzhindernisse werden Kosten in Milliardenhöhe gespart, der europäische Binnenmarkt führt zu mehr Wachstum und Beschäftigung, und er verbessert entscheidend die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Europa.

● Europa erweitert

Am 1. November 1993 ist mit der Ratifikation des Maastrichter Vertragswerks die Europäische Union in Kraft getreten, ein historischer Schritt auf dem Weg zur europäischen Einigung.

Ein tragender Pfeiler der Europäischen Union wird die gemeinsame europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

Wahlkampf-Argumente



sein. Eine einheitliche europäische Währungsunion soll eingeführt werden, wobei die Bundesregierung erfolgreich darauf gedrängt hat, daß nur Staaten Mitglied der Währungsunion werden können, die strenge Stabilitätskriterien erfüllen. Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Theo Waigel konnten erreichen, daß die zukünftige Europäische Zentralbank ihren Sitz in Frankfurt am Main nehmen wird.

Über den wirtschaftlichen Zusammenschluß hinaus muß Europa in die Lage versetzt werden, zukünftig mit einer Stimme zu sprechen und auch nach außen gemeinsam und entschieden zu handeln. Deshalb wurde beschlossen, die

Westeuropäische Union (WEU) im Rahmen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zum militärischen Sicherheitsinstrument der EU auszubauen. Und mit Europol wurde ein europäisches Kriminalamt geschaffen, das die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Drogenmafia über Grenzen hinweg verbessert.

Ebenso bedeutungsvoll ist die Erweiterung der Gemeinschaft, die nicht zuletzt auf die Initiative der Bundesregierung hin eingeleitet wurde. Die Aufnahme der EFTA-Staaten Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen steht kurz vor dem Ziel. Und den assoziierten Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas, die ihren Aufnahmewunsch erklärt haben, hat der Europäische Rat in Kopenhagen 1993 die Beitrittsperspektive geöffnet, sobald sie wirtschaftlich und politisch ausreichend gefestigt sind.

● Welthandel liberalisiert

Für die Exportnation Deutschland sind offene Märkte und ein freier internationaler Handel wichtige Voraussetzungen für die Sicherung unseres Standortes, für Wachstum und Arbeitsplätze.

Die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung hat deshalb maßgeblich dazu beigetragen, daß die GATT-Verhandlungen in der Uruguay-Runde erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Damit sind die Weichen gestellt für eine dynamische Entwicklung des Welthandels und neue globale Wachstumsimpulse. Die Ergebnisse der Uruguay-Runde werden der Weltwirtschaft bis zum Jahr 2002 einen Wohlstandsgewinn von rund 270 Milliarden Dollar bringen. Zumal wir Deutschen werden vom Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen enorm profitieren. Wachsende Ausfuhren sind eine wesentliche Stütze für die konjunkturelle Erholung in Deutschland.

● Bundeswehr umstrukturiert

Die Bundeswehr bewältigt seit 1990 den größten Umbau ihrer fast 40jährigen Geschichte.

Eine Vielfalt von Aufgaben war gleichzeitig zu lösen, jede für sich eine gewaltige Herausforderung: die Auflösung der ehemaligen Nationalen Volksarmee, der Aufbau der Bundeswehr im Osten Deutschlands, die Umgliederung der Streitkräfte in neue Strukturen, die Reduzierung des Umfangs und teilweise Neustationierung sowie die Ausrichtung der gesamtdeutschen Bundeswehr auf ein erweitertes Aufgabenspektrum. Die Bundeswehr hat diese Anforderungen hervorragend bewältigt.

Das veränderte sicherheitspolitische Umfeld und die damit einhergehende Verkleinerung der Bundeswehr waren Anlaß, die Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren erheblich zu senken: von 53,4 Mrd. DM 1990 auf inzwischen 47,2 Mrd. DM. Die 1991 eingeleitete Anpassung des Umfangs der deutschen Streitkräfte wird bis 1994 weitgehend abgeschlossen sein, die Neustrukturierung der Bundeswehr ist eingeleitet. Für die Landesverteidigung werden künftig mobilmachungsabhängige Hauptverteidigungskräfte bereitgehalten; zur sofortigen Reaktion auf plötzliche krisenhafte Entwicklungen werden präsenzte und einsatzbereite Krisenreaktionskräfte zur Verfügung stehen.

Die Bundeswehr hat sich in der zu Ende gehenden Wahlperiode bereits erfolgreich an Einsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen beteiligt: bei humanitären Aktionen im ehemaligen Jugoslawien, in Kambodscha, Somalia, Ruanda und im Kurdengebiet, bei Abrüstungsmaßnahmen der UN im Irak, bei der Überwachung des Embargos gegenüber Rest-Jugoslawien in der Adria und bei der Durchsetzung des Flugverbots über Bos-

nien-Herzegowina im Rahmen des NATO-AWACS-Verbandes.

● Westliches Bündnis gefestigt

Die unionsgeführte Bundesregierung hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Nordatlantische Allianz als unverzichtbarer Sicherheitsverbund zwischen Europa und Nordamerika erhalten bleibt und gefestigt wurde.

100.000 Mann US-Truppen werden auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in Europa stationiert bleiben und unsere Sicherheit garantieren. Zugleich kann die Bundesregierung eine beeindruckende Bilanz ihrer Bemühungen um konventionelle und nukleare Abrüstung in Europa vorweisen: Die ehemalige Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, insgesamt 340.000 Soldaten, wird bis Ende August Deutschland verlassen haben, die nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa sind vernichtet, Chemiewaffen abgezogen, konventionelle Großwaffensysteme beseitigt.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation gewinnt neben der kollektiven Verteidigung die Fähigkeit des westlichen Bündnisses zunehmend an Bedeutung, zur internationalen Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Friedenswahrung beizutragen. Dem trägt das neue Strategische Konzept der NATO Rechnung, das unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesregierung beim NATO-Gipfel im November 1991 in Rom verabschiedet wurde. Zur Stabilisierung Mittel-, Ost- und Südosteuropas hat die Allianz den NATO-Kooperationsrat ins Leben gerufen und das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ gestartet, dem inzwischen auch Rußland beigetreten ist. Die Allianz hat damit ihre Bedeutung als Eckpfeiler von Sicherheit und Stabilität für ganz Europa eindrucksvoll unter Beweis gestellt. ■

38 Mrd. für Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern

Insgesamt rund 38 Mrd. DM wurden vom Bundesministerium für Verkehr im Zeitraum 2. Halbjahr 1990 bis Ablauf Ende 1993 in die Bundesverkehrswege der neuen Länder investiert: Es ist der Bundesregierung mit enormen finanziellen Mitteln und beispiellosem Engagement gelungen, wesentliche Mängel im Zustand der Bundesverkehrswege zu beheben und auf großen Netzabschnitten den im Westen gewohnten Standard zu erreichen.

Mit der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands war es vorrangiges Ziel der Bundesregierung, die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland in möglichst kurzer Zeit anzustreben. Dabei spielte der Ausbau der zum Zeitpunkt der Wende desolaten Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland eine zentrale Rolle. Denn die Verbesserung der Verkehrswege in den neuen Bundesländern war Grundlage und Motor für den wirtschaftlichen Aufschwung. Verkehrsinvestitionen — rund drei Viertel aller Sachinvestitionen des Bundes — schaffen somit nicht nur Arbeitsplätze und fördern die wirtschaftliche Produktivität, sondern sind auch, da sie dem Mobilitätsanspruch entsprechen, Grundlage der Schaffung einheitlicher Lebensbedingungen.

Insbesondere auf folgende Schwerpunkte möchte ich hinweisen:

Eisenbahn

Im Bereich der Eisenbahnen der DB AG (ehemals Deutsche Reichsbahn DR) wurden Investitionsmittel in Höhe von rund 21 Mrd. DM verausgabt. Schwerpunkte

der intensiven Tätigkeit waren die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ (VDE), Lückenschlußmaßnahmen und die Angleichung des Kernnetzes der ehemaligen DR an die Standards der DB.

So konnten im Zeitraum 1990 bis 1993:

- rund 700 km Strecke elektrifiziert werden, so daß jetzt etwa 4.300 km — das sind 31 Prozent des ehemaligen DR-Net-

Von Matthias Wissmann, Bundesminister für Verkehr

zes — elektrisch betrieben werden;

- rund 3.000 km Strecke saniert, aus- und neugebaut werden, wobei die Strecke (Kassel-)Eichenberg-Halle als erstes VDE-Vorhaben am 28. Mai 1994 durchgehend zweigleisig mit elektrischer Traktion dem Betrieb übergeben wurde.

Die Schwerpunkte lagen hier:

- im Ausbau von durch Alkali-Kieselsäure-Reaktion beschädigten Schwellen (rund 1.600.000 alleine in den Jahren 1992 bis 1993);

- in der Erneuerung und Grundinstandsetzung von Brücken (180 Brückbauwerke 1992 bis 1993);

- in umfangreichen Oberbaumaßnahmen, durch welche die Länge der Langsamfahrstellen in den Jahren 1990 bis 1993 von rund 2.500 km auf rund 1.000 km verringert werden konnte.

Im Ergebnis aller Maßnahmen konnten im Kernnetz der ehemaligen Reichsbahn nicht nur die Streckenkapazitäten durch höhere Zugfolgen, sondern auch die Fahrzeiten durch höhere Streckengeschwindigkeiten zum Teil erheblich gekürzt werden. So beträgt beispielsweise

Wahlkampf-Argumente



die Fahrzeit zwischen Dresden und Berlin erstmals wieder nach dem Krieg weniger als zwei Stunden, die Fahrt zwischen Hamburg und Berlin etwas mehr als drei Stunden.

Bundesfernstraßenbau

Im Bundesfernstraßenbau wurden im genannten Zeitraum rund 8,2 Mrd. DM investiert, und zwar u. a. in:

- Instandsetzung und Ausbau von rd. 700 km Autobahnbetriebsstrecken, d. h. 37 Prozent des bestehenden Netzes.
- Instandsetzung, Neu- und Ausbau von rd. 6.500 km Bundesstraßen, d. h. 56 Prozent des bestehenden Netzes.
- Instandsetzung und Neubau von rd. 1.300 Brücken, d. h. 25 Prozent des Bestandes.
- Ausstattung aller Autobahnbetriebs-

strecken mit Mittelschutzplanken und 95 Prozent der Autobahnbetriebsstrecken mit Streckentelefonen.

- Bau von 1.100 Lichtsignalanlagen und Ausbau von 220 Knotenpunkten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit.
- Der Neubau von rund 187 km Radwegen.

Öffentlicher Personennahverkehr

Bemerkenswert sind auch die Leistungen des Bundes für den ÖPNV und die Verbesserung der gemeindlichen Infrastruktur. In den Jahren 1991 bis 1993 konnten hierfür — entsprechend den Haushaltsansätzen des Bundesverkehrsministeriums — rund 8 Mrd. DM an Fördermitteln nach dem GVFG den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden.

Bundeswasserstraßenbau

Im Bundeswasserstraßenbau wurden für Ersatz- und Erhaltungsinvestitionen sowie für die Neubeschaffung von Fahrzeugen und Anlagen im Zeitraum 1991 bis 1993 rund 400 Mio. DM aus Haushaltsmitteln des BMV zur Verfügung gestellt.

Grunddilemma der SPD: Wirklichkeitsverlust

Scharping fehlt es offenbar nicht nur an innerparteilicher Führungsstärke, es mangelt ihm auch an einem klaren politischen Kurs, an einem schlüssigen Konzept. Mit Satire läßt sich kein Wahlkampf gewinnen in einem Land, das auf allen Ebenen des politischen Gemeinwesens vor Herausforderungen steht, die alle bisherigen in den Schatten stellen. In solchen Zeiten erwartet der Wähler eine klare und eindeutige Orientierung, nicht aber parteitakti-

ches Hü und Hott. Daß man sich in Sachsen-Anhalt einer großen Koalition verweigerte, das widerspricht aller politischen Weitsicht. Auch in der Finanz- und Steuerpolitik lassen die Sozialdemokraten ein homogenes Konzept vermissen, das das Prädikat „verlässlich und zukunftsorientiert“ verdient. Das Grunddilemma der SPD ist ein politischer Wirklichkeitsverlust.

Bayerischer Rundfunk, 17. August

Reform des Kindschaftsrechts am Kindeswohl orientieren

Zu den rechtspolitischen Vorstellungen der CDU zum Kindschaftsrecht erklärte Cornelia Yzer, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Frauen und Jugend:

Für die CDU sind Ehe und Familie das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates. Sie stehen deshalb unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Eine rechtliche Gleichsetzung von Ehe und nichtehelichen Lebensgemeinschaften lehnt die CDU vor diesem Hintergrund ab. Das bedeutet nicht, daß wir auf Dauer andere gesellschaftliche Entwicklungen ignorieren können. Die CDU strebt daher für die kommende Legislaturperiode eine Reform des Kindschaftsrechts an, deren Leitgedanke die Orientierung am Kindeswohl ist.

Die CDU will vor allem folgende Bereiche neu regeln:

- Die Rechtsstellung ehelicher und nicht-ehelicher Kinder soll stärker angeglichen werden. Dazu sollen das Unterhaltsrecht und das gesetzliche Erbrecht für alle Kinder einheitlich gestaltet werden. Das heißt, daß zukünftig für eheliche wie für

nichteheliche Kinder eine Dynamisierung des Unterhaltsanspruchs in vergleichbaren Zeiträumen erfolgen soll. Der Erbsatzanspruch des nichtehelichen Kindes soll in einen Erbspruch umgewandelt werden.

- Das Sorgerecht der nichtehelichen Mutter soll durch die Abschaffung der Amtspflegschaft gestärkt werden. Lediglich auf Antrag soll die Mutter den Bestand des Jugendamtes nutzen können. Unter der Prämisse des Kindeswohls soll der Staat dann die Abstammung des Kindes klären, wenn die Mutter innerhalb einer angemessenen Frist dazu nicht bereit oder in der Lage ist.

- Auch das elterliche Sorgerecht muß sich vor allem am Kindeswohl orientieren. Im Falle der Ehescheidung soll deshalb die gemeinsame Sorge der Regelfall werden. Bei nicht miteinander verheirateten Eltern soll das gemeinsame Sorgerecht in den Fällen möglich sein, wo beide dies wünschen.

- Das Umgangsrecht des Vaters eines nichtehelichen Kindes soll gegenüber dem geltenden Recht verstärkt werden.

Außenpolitischer Arbeitskreis in Pinneberg

Auf Anregung des früheren Landtagsabgeordneten Rainer Ute Harms und unter dessen Leitung hat der CDU-Kreisverband Pinneberg einen außenpolitischen Arbeitskreis gegründet.

In unregelmäßigen Abständen werden interessante Persönlichkeiten aus der Region zu Fachvorträgen eingeladen.

„Spätestens seit der Wiedervereinigung müßte eigentlich jeder merken, daß Deutschland seine internationale Verantwortung stärker als früher wahrnehmen muß. Unser außenpolitischer Arbeitskreis soll einen kleinen, regionalen Beitrag dazu leisten, dieses Bewußtsein bei den Mitgliedern und in derer Bevölkerung zu schaffen,“ so Kreisvorsitzender Ulrich Schley.

Keine Einschränkung für Jäger und Schützen beim Waffengesetz

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Erwin Marschewski, erklärte zur Novellierung des Waffenrechtes:

Die innenpolitische Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages hat beschlossen, die Novellierung des Waffenrechtes nicht mehr in dieser Legislaturperiode zu beraten.

Durch diesen Beschluß soll eine sorgfältige Vorbereitung der Novellierung des Waffenrechtes gesichert werden. Neben den notwendigen Gesprächen zur Abstimmung der Novellierung zwischen Bund und Ländern können so auch die Vielzahl von Anregungen und Bedenken, die aus dem Kreis der Jäger und Schützen herangetragen wurden, ausführlich und sorgfältig geprüft werden.

Zu den jetzt im Vorfeld der Novellierung von Jägern und Schützen diskutierten Fragen kann angemerkt werden, daß das sogenannte Erbenprivileg bei Jagd- und Sportwaffen nicht abgeschafft werden

sollte. Allerdings muß man im Zuge der Beratung prüfen, ob an den Erwerb der Waffenbesitzkarte strengere Anforderungen gestellt werden müssen. Das künftige Waffenrecht sollte darüber hinaus keine willkürlichen Beschränkungen hinsichtlich des Waffenbesitzes enthalten. Vielmehr sollte den berechtigten Anliegen von Jägern und Schützen in angemessener Weise bei der Novellierung des Waffenrechtes entsprochen werden.

Auch bei der Bedürfnisprüfung muß überlegt werden, ob diese sinnvoll durch andere Regelungen ergänzt oder ersetzt werden kann.

Das Waffenrecht muß im Interesse der Anwender klarer und übersichtlicher gestaltet werden. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der zwischen Bund und Ländern erfolgten Gespräche zur Abstimmung der Novellierung des Waffenrechtes, aber auch in Anbetracht der äußerst komplexen Materie werden wir in der neuen Legislaturperiode das Waffenrecht ausführlich beraten.

„Scharp’Shaver“ geht bereits in die zweite Auflage

Der JU-Wahlkampfschlager „Scharp’Shaver“ geht, nachdem in wenigen Wochen bereits mehr als 30.000 Stück verkauft werden konnten, nun in die zweite Auflage.

Somit werden während Scharpings Sommerwahlkampf tour jetzt an die 100.000 Rasierer unter dem Motto „Politik ohne Bart“ an Jungwählerinnen und Jungwähler verteilt. Das „scharfe“ Wahlkampfmittel ist derzeit

der „Renner“ bei den Werbemitteln der Jungen Union.

Gleichzeitig mit der Verteilung der „Scharp’Shaver“ wird die Junge Union auf Tausenden von Flugblättern und Plakaten auf den Unterschied zwischen Helmut Kohls zukunftsorientierter „Politik ohne Bart“ und Scharpings „Bart ohne Politik“ hinweisen.

Warum die SPD Deutschland nicht regieren darf

● Die SPD gefährdet den Aufschwung

Die SPD kündigt in ihrem Wahlprogramm an, daß sie die deutsche Wirtschaft durch höhere Steuern, Abgaben und neue Auflagen zusätzlich belasten will. Hinter dem Schlagwort von der „ökologischen Steuerreform“ verbirgt sich ein gigantisches Steuererhöhungsprogramm. Damit würde der Aufschwung abgewürgt. Tausende Arbeitsplätze gerieten in Gefahr. Verlierer wären vor allem die Arbeitnehmer.

● Die SPD will die Steuern erhöhen

Die SPD bereitet in ihrem Wahlprogramm eine lange Liste neuer Steuern vor: 10prozentige Ergänzungsabgabe, Erhöhung der Mineralölsteuer, Erhöhung der Grundsteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer . . .

Von den Steuerplänen der SPD wären alle betroffen: Angestellte, Arbeiter, Rentner, Sparer, Mieter, Autofahrer. Ein durchschnittlicher Haushalt müßte nach den Plänen der SPD bis zu 7.174 DM mehr Steuern pro Jahr zahlen.

● Die SPD treibt die Staatsverschuldung hoch

1982 hinterließ die SPD im Bund zerrütete Rentenfinanzen, einen drohenden Staatsbankrott und eine Sozialpolitik auf Pump.

Die SPD hat bis heute nichts dazugelernt! Drei Beispiele: In Hessen hat sie die Staatsschulden um 50 Prozent heraufge-

schraubt. Allein der Schuldenberg, den die SPD-Regierung in NRW aufgehäuft hat, beträgt rund 120 Mrd. DM. Die Pro-Kopf-Verschuldung im SPD-regierten Brandenburg ist dreimal so hoch wie zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern. Auch im Bund wäre es nicht anders: Der Stabilitätskurs würde aufgegeben, die Inflation wieder angeheizt durch neue Schulden der SPD.

● Die SPD isoliert Deutschland

Gemeinsam mit Grünen und PDS würde die SPD das internationale Vertrauen in Deutschland aufs Spiel setzen und unser Land international isolieren.

Das sind die Fakten:

- ▶ 1949 war die SPD gegen die Westintegration.
- ▶ 1954/55 sagte die SPD Nein zu Bundeswehr und NATO.
- ▶ 1983 sagte die SPD Nein zum NATO-Doppelbeschluß.
- ▶ 1990 forderten SPD-Politiker den Ausstieg Deutschlands aus der NATO nach der Wiedervereinigung.
- ▶ 1994 verweigert sich die SPD der vollen Verantwortung Deutschlands im

Wahlkampf-Argumente



Rahmen der UNO. Grüne und PDS wollen bis heute den Ausstieg aus der NATO und die Abschaffung der Bundeswehr. Eine Linksfront würde Deutschland unberechenbar machen, sie wäre ein Sicherheitsrisiko für unser Land.

● Die SPD vernachlässigt die innere Sicherheit

Die SPD versagt beim Kampf gegen das Verbrechen — im Bund und in den Ländern:

▶ Die SPD hat das Verbrechensbekämpfungsgesetz abgelehnt und im Bundesrat blockiert.

▶ Die SPD verweigert sich wichtigen Maßnahmen gegen die Organisierte Kriminalität wie dem Einsatz verdeckter Ermittler, der Beteiligung des Verfassungsschutzes an der Verbrechensbekämpfung und wirksamen Regelungen zum Abhören von Gangster-Wohnungen.

▶ Die SPD verunsichert durch „Deeskalationsstrategien“ die Polizei und duldet rechtsfreie Räume.

● Die SPD versagt beim Kampf gegen Drogenmißbrauch

Die SPD kapituliert vor den Drogenbossen: Sie plant einen Aufweichungskurs in

der Drogenpolitik. Die SPD setzt sich für die Freigabe sogenannter „weicher Drogen“ wie Haschisch und Marihuana ein. Damit würde der Einstieg in den Drogenkonsum leichter — bis hin zur Todesdroge Heroin. Sogar die Freigabe bestimmter Mengen von Heroin wird in der SPD diskutiert.

● Die SPD macht gemeinsame Sache mit grünen Utopisten und Kommunisten

Bisher war es in Deutschland immer selbstverständlich, daß die demokratischen Parteien gegen Rechts- und Linksradikale zusammenhalten. Die SPD hat in Sachsen-Anhalt diese Solidarität zerstört: SPD, PDS und Grüne bilden dort eine neue Linksfront, die die politische Stabilität des Landes erheblich gefährdet.

Rudolf Scharping und der SPD kann niemand mehr glauben: Vor der Wahl in Sachsen-Anhalt hat die SPD jede Art von Zusammenarbeit mit der PDS ausgeschlossen. Nach der Wahl haben sie gemeinsam den Ministerpräsidenten gewählt. Auch für Bonn setzt die SPD auf die PDS. Fünf Jahre nach dem Fall der Mauer will die SPD mit den Kaderfunktionären des DDR-Unrechtsstaates wieder gemeinsame Sache machen.

Asylbewerber im Juli

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wurden im Juli 1994 8.730 Personen (Vormonat: 8.904 Personen) in der Geschäftsstatistik registriert.

Damit ist die Zahl der Asylbewerber zum vierten Mal hintereinander deutlich unter 10.000 geblieben. Es handelt sich um die niedrigste Zugangszahl seit Juni 1989.

Gegenüber dem Vormonat ist die Zahl der Asylbewerber um 174 Personen (= 2 Prozent) gesunken. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (Juli 1993: 20.658 Personen) ist sie um 11.928 Personen (= 57,7 Prozent) zurückgegangen. Im Zeitraum von Januar bis Juli 1994 haben nunmehr insgesamt 71.532 Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland Asyl beantragt (Rückgang um 70,8 Prozent).

Warum die PDS nie wieder Einfluß bekommen darf

● Die PDS ist eine antidemokratische Partei mit kommunistischem Kern

Die PDS ist in Programmatik und Selbstverständnis eine Partei, die sich gegen die bestehende demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung wendet.

In ihrem Grundsatzprogramm bezeichnet sich die PDS als die Partei jener, „die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen ...“. Innerhalb der PDS agiert eine gut organisierte „Kommunistische Plattform“, die Kontakte zu anderen kommunistischen Gruppen knüpft. Ziel ist „eine sozialistische Alternative zum bestehenden kapitalistischen System“. Die PDS hat sich nur scheinbar verändert, unter der Oberfläche ist sie noch immer eine antidemokratische Partei.

● Die PDS steht für vier Jahrzehnte sozialistischer Zwangsherrschaft

Die PDS ist die Nachfolgepartei der SED. Sie hat nicht nur den größten Anteil ihrer Mitglieder und ihres Führungspersonals aus der SED übernommen, sie trägt auch die fortdauernde Verantwortung für jahrzehntelange Unterdrückung und Verfolgung, für politische Morde und Folterungen, für Ausspähung und Drangsalierung. Die PDS will diese Vergangenheit am liebsten vertuschen. Aber um der Opfer willen dürfen wir das nicht zulassen.

● Die PDS ist die Partei der alten Kader

Die Verantwortlichen für SED-Diktatur und Stasi-Schnüffelei, die Wahlfälscher, Apparatschiks und roten Kader - sie sind fast alle noch da, untergeschlüpft in der PDS. In den Vordergrund werden ein paar unterhaltsame Gaukler gestellt, dahinter aber ziehen die alten Funktionäre die Fäden. Und dort, wo die PDS Wahlerfolge erzielt, drängen sie zurück an die Macht.

● Die PDS will Zwietracht schüren und die Deutschen spalten

Die PDS hat mit der Einheit der Deutschen nichts im Sinn, sie will nicht zusammenführen, sondern spalten. Die PDS will Stimmen gewinnen, indem sie

Argumente gegen die PDS

Vorurteile schürt, Neid und Mißgunst weckt. Sie weiß genau, daß sie nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die Stimmung vermiest, wenn sie Ost und West gegeneinander ausspielen kann. Ihrem Wesen nach ist sie destruktiv.

● Die PDS verspricht das Blaue vom Himmel

Was verspricht die PDS nicht alles in ihrem Wahlprogramm: höhere Löhne und höhere Renten, zugleich aber auch kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich, eine soziale Grundsicherung, aber auch niedrigere Steuern für breite Schichten der Bevölkerung! Die PDS

weiß, daß das völlig unrealistisch ist; niemand kann das alles bezahlen — es sei denn, man läßt Geld drucken. Aber die PDS setzt darauf, daß sie nie in die Verlegenheit kommt, ihre Versprechungen wahr machen zu müssen.

● Die PDS schadet dem wirtschaftlichen Aufschwung

Wo die PDS stark wird, bleiben Investitionen aus. Beispiele wie Potsdam und Sachsen-Anhalt zeigen, daß Unternehmen von Wahlerfolgen der PDS abgeschreckt werden: Die Wirtschaft fürchtet radikale Politik und sozialistische Gängelung. Arbeitsplätze gehen verloren oder entstehen gar nicht erst. So schadet die PDS unmittelbar den Interessen der Menschen.

● Die PDS setzt noch immer auf eine sozialistische Mißwirtschaft

Die PDS hat aus der Vergangenheit nichts gelernt. Noch immer hetzt sie in ihrem Programm gegen „die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums“, befürwortet staatliche Gängelung, Verwaltung des Mangels, Bestrafung der Leistung — die alten Rezepte sozialistischer Ideologie also, die überall gescheitert sind. Sie haben auch die ehemalige DDR ruiniert.

● Die PDS setzt Deutschlands Sicherheit aufs Spiel

Die PDS will die Bundeswehr abschaffen, NATO und WEU auflösen — also alles beseitigen, was unsere Sicherheit garantiert. Damit wäre Deutschland schutzlos und auf sich allein gestellt, internationalen Risiken ausgeliefert. Das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien zeigt aber gerade, daß der Frieden auch in Europa nicht selbstverständlich ist. Eine Sicherheitspolitik, wie die PDS sie fordert, wäre verantwortungslos und brandgefährlich.

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

● Die PDS will eine ungehinderte Einwanderung nach Deutschland

Alle Tore auf — so stellt sich die PDS die Ausländerpolitik vor. Wer will, soll kommen — und wer kommt, der soll dann auch gleich einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung, die doppelte Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht erhalten. Ein ungehinderter Zustrom von außen würde Deutschland weit überfordern und auch das friedliche Miteinander von Deutschen und Ausländern beeinträchtigen.

● Die PDS betreibt undurchsichtige Geldgeschäfte

Die PDS steht im dringenden Verdacht, in schwarzen Kassen im In- und Ausland gewaltige Summen aus dem Vermögen der ehemaligen SED zu verstecken. Dabei handelt es sich nicht um ihr Geld, sie hätte es abgeben müssen. Für den Aufbau in den neuen Ländern würde es dringend benötigt. Eine unabhängige Kommission hat bisher wohl nur einen kleinen Teil der Gelder aufgespürt.

Beide bekämpfen

Eine Strategie ist für uns nicht hinnehmbar, nämlich Schönhuber isolieren und Gysi poussieren, sondern man muß beide bekämpfen. Wir gehen davon aus, daß dies endlich auch die SPD wieder einseh.

Theo Waigel auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Helmut Kohl am 25. August

Mit neuen Bildungsprogrammen den Bildungsraum Europa gestalten

Zu den neuen EU-Bildungsprogrammen SOKRATES und LEONARDO erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Norbert Lammert:

Nach der Ratifizierung der Maastrichter Verträge im November des vergangenen Jahres sieht die CDU Deutschlands die Bildungspolitik vor neue Herausforderungen gestellt. Die europäische Dimension muß in zunehmendem Maße unverzichtbarer Bestandteil nationaler Bildungspolitik werden. Dies gilt in zweierlei Hinsicht:

Die bisherigen Bildungsprogramme der Europäischen Union haben sich in den letzten Jahren zu einem festen Bestandteil der europäischen Zusammenarbeit entwickelt. Die CDU Deutschlands setzt sich nachhaltig dafür ein, diese bewährten und vielfältigen Formen des Austausches und der Kooperation weiter zu intensivieren und zu vertiefen. Die hohe Beteiligung an den EU-Programmen von Schülern, Auszubildenden, Studenten und Wissenschaftlern zeigt, daß die Menschen eine europäische Bildungs- und Kulturgemeinschaft als Chance begreifen und aktiv mitgestalten wollen.

So haben allein an dem auf die Mobilität der Hochschulstudenten abzielenden ERASMUS-Programm in den Jahren 1993/94 rund 15.000 deutsche Studenten teilgenommen. Ferner erhielten im Rahmen des PETRA-Programms im Bereich der beruflichen Bildung 1993 rund 1.000 deutsche junge Arbeitnehmer Stipendien für Ausbildungsaufenthalte in den Mitgliedsländern der europäischen Gemein-

schaft, bei einer Gesamtzahl von 4.600 EG-weit vergebenen Stipendien.

Die alten Bildungsprogramme PETRA, ERASMUS, COMETT, LINGUA, EUROTECNET und FORCE laufen Ende dieses Jahres aus. Mit der formellen Annahme einer gemeinsamen Position für die beiden neuen EU-Bildungsprogramme LEONARDO und SOKRATES durch den Rat der europäischen Union am 18. Juli 1994 wurden die Weichen für die europäische Bildungszusammenarbeit in der zweiten Hälfte der 90er Jahre gestellt. Die CDU Deutschlands unterstützt dabei nachdrücklich die Anstrengungen der Bundesregierung, nach der

Neben der Überwindung der Spaltung Deutschlands ist die europäische Einigung die zweite große Herausforderung für unser Bildungssystem.

Beratung bzw. Mitentscheidung durch das europäische Parlament die endgültige Verabschiedung der neuen Bildungsprogramme im Dezember dieses Jahres im Jahre der deutschen EU-Präsidentschaft zu erreichen.

Für das SOKRATES-Programm soll nach augenblicklichem Stand der Verhandlungen ein Gesamtbetrag von 760 Mio. ECU (ca. 1,52 Milliarden DM) für den Zeitraum vom 1995 bis 1999 vorgesehen werden. Der Schwerpunkt des Programmes liegt bei der Förderung der Mobilität von Studenten. Studierenden soll die Möglichkeit gegeben werden, einen Studienabschnitt an einer Hochschule eines anderen Mitgliedslandes zu absolvieren.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Es geht vor allem darum, „Geist und Charakter der politischen Parteien“ kennenzulernen, sich mit den Zukunftsaufgaben der freiheitlichen Demokratie auseinanderzusetzen und die Chancen politischer Mitarbeit in den Parteien besser nutzen zu können. Entsprechend die Bildungsangebote — u. a. in Schloß Eichholz. Die KAS wendet sich damit nicht zuletzt an Lehrerinnen und Lehrer. Ein Beispiel:

Veranstaltung Nr. 240

Interessen ausgleichen — Gesellschaftliche Integration fördern: Die Bedeutung der Volksparteien

15. bis 17. September 1994

Hauptthemen:

- Volksherrschaft = Parteienherr-

schaft: Warum auch der Herrschaftswille des Volkes geteilt werden muß

- Ursprünge, Konzepte und Perspektiven der Volksparteien in der Bundesrepublik Deutschland
- Links und rechts der Volksparteien — Keine Chancen für den politischen Extremismus
- Mehrheitswille und „politische Wahrheit“
- Vom SED-Staat zur Parteiendemokratie

Weitere Informationen (z. B. Halbjahresprogramm/Veranstaltungsprogramm)/Anmeldungen: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum, Schloß Eichholz, Postfach 1331, 50387 Wesseling.

Daneben wird auch weiterhin der Dozentenaustausch, die Fortentwicklung der Fernlehre sowie ein umfassender Informationsaustausch durch das EU-Programm SOKRATES gefördert.

Das EU-Mobilitätsprogramm LEONARDO umfaßt die Bereiche Erstausbildung, Weiterbildung und Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen. Für dieses Programm stehen 620 Millionen ECU (rund 1,24 Milliarden DM) zur Verfügung. Das LEONARDO-Programm führt die Aktionen der bisherigen Programme PETRA, EUROTECNET, FORCE und Teile von LINGUA (Fremdsprachenkenntnisse für Auszubildende) fort. Ebenfalls in LEONARDO integriert ist das bisherige COMETT-Programm, das die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft im Bereich der

Aus- und Weiterbildung sowie auf dem Gebiet der Erprobung neuer Technologien am Arbeitsplatz fördert.

Für die CDU Deutschlands stellt die europäische Einigung neben der Überwindung der Spaltung Deutschlands die zweite große Herausforderung für unser Bildungssystem dar. Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa bedeutet dies zugleich, das eigene Bildungssystem „europatauglich“ zu machen. Die CDU Deutschlands setzt sich dabei neben der Intensivierung des Fremdsprachenlernens auch in der beruflichen Bildung insbesondere dafür ein, die Bildungs- und Ausbildungszeiten unter Wahrung bzw. Steigerung der Qualität an europäische Standards anzunähern, um Nachteile für die jungen Menschen wie für unsere Wirtschaft zu vermeiden. ■

Der Vorstand hat für den 7. Landesparteitag der Sächsischen Union den 13. August gewählt. Er liegt vier Wochen vor der Landtagswahl. Dieses Datum erschien uns auch aus einem anderen Grund geeignet: Der Tag bietet Gelegenheit zum Nachdenken darüber, woher wir kommen und wie unser Weg fortgesetzt werden könnte. Der 13. August 1961, der Beginn des Mauerbaues an der innerdeutschen Grenze, ist ein Datum, das sich tief ins Gedächtnis der Bevölkerung der neuen Bundesländer eingegraben hat. An den Folgen der damals begonnenen Totalabgrenzung werden wir noch lange zu tragen haben.

Heute, am 13. August 1994, ist aber auch Schulanfang in Sachsen. Mein ältester

Wir verabschieden sie und sagen: „Wir wollen Freunde bleiben!“ Auf meinem Reisepaß steht: „Europäische Gemeinschaft“. Dabei müßte es eigentlich schon „Europäische Union“ heißen. Ich kann mit diesem Paß reisen, wohin ich will. Abgesehen davon, daß man mich wegen einer solchen Äußerung hätte verhaften können — auch alle Gutwilligen hätten mich im Februar 1988 für total verrückt erklärt!

Weg wollten wir nicht!

Nein — wir haben uns damals, vor sechs Jahren, noch mit anderen Gedanken getragen: Sollen wir wirklich hier bleiben? Können wir es gegenüber unseren Kindern noch verantworten, wenn wir sie

... und draußen am Bahnsteig lauerten abgerichtete Hunde

— Gedanken zum 13. August —

Enkel kommt heute in die Schule. Nehmen wir mal an, ich hätte, als er im Februar 1988 geboren wurde, folgende Vision entwickelt: Wenn der Nils in die Schule kommt, kann ich an der Feier zum Schulbeginn nicht teilnehmen. Ich werde der erste stellvertretende Vorsitzende der CDU im Freistaat Sachsen sein und auf dem 7. Landesparteitag eine Rede halten. Kurt Biedenkopf ist Ministerpräsident in Sachsen, Helmut Kohl der Kanzler des wiedervereinigten Deutschland. Die Mauer zwischen Ost und West ist abgerissen. Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. Erich Honecker ist tot, nachdem er seine letzten Tage im chilenischen Exil verbracht hatte. In wenigen Tagen ziehen die letzten Soldaten der ehemaligen Besatzungsmächte aus Deutschland ab.

zum Hierbleiben ermutigten? Ich habe damals oft zu meiner Frau gesagt, daß ich es bestimmt nicht aushalten könnte, von meiner Vorerzgebirgsheimat auf Dauer getrennt leben zu müssen. Dazu: Wir hatten Eltern, Verwandte, Freunde, Kinder, dann auch Enkel hier. — Nein, weg wollten wir nicht! Aber Hoffnung, daß sich die bedrückende Situation des Eingemauert-Seins und all dessen, was dazu gehörte, irgendwann ändern würde, hatten wir auch nicht.

Ich durfte im November 1988 erstmals in den Westen reisen, weil meine Tante 80 wurde. Ich hatte sie über 35 Jahre nicht mehr gesehen. Meine Frau mußte als „Geisel“ zurückbleiben. Niemand aus dem freien Teil Deutschlands kann sich vorstellen, wie einem DDR-Bürger

zumute war, wenn er erstmals über diese Grenze schwebte. Mit welchem Staunen man den Eindruck dieser äußerlich heilen Welt förmlich in sich hineinsaugte, welcher Zorn in einem aufkam, wenn man an die heruntergekommene Heimat dachte und welche tiefe Niedergeschlagenheit einen ergriff, wenn man mit dem Zug, aus der hellen, freundlichen Welt kommend, in das finstere, dreckige Loch DDR eintauchen mußte.

Und wenn sie einen dann wieder in Empfang nahmen: Man mußte das Abteil ver-

**Rede des ersten
stellvertretenden Vorsitzenden
der Sächsischen Union, Fritz
Hähle, auf dem 7. Landespartei-
tag der Sächsischen Union am
13. August 1994 in Dresden**

lassen. Sie kontrollierten die Koffer. Draußen am Bahnsteig lauerten abgerichtete Hunde. Man hatte irgendwie ein schlechtes Gewissen, vielleicht einfach deshalb, weil sie einen behandelten, als hätte man etwas verbrochen. Dabei hatte ich doch nur meine Tante besucht!

Beinahe jeden Tag stand in der Zeitung, daß die SED der Gralshüter der Menschenrechte sei. Die Verträge von Helsinki und Wien wurden verkauft, als hätte sie das Zentralkomitee selbst erfunden. Auf diese Vertragstexte habe ich mich im Frühjahr 1989 bezogen, als ich einem Kollegen beistehen wollte, dem die Hochschulparteileitung wegen einer einzigen Bemerkung, die er unter sechs Augen geäußert hatte, die berufliche Perspektive versaut. Daß ich mir erlaubt hatte, auf diese Verträge hinzuweisen, denen die DDR beigetreten war, wurde in einem Protokoll in der SED-Parteileitung der Technischen Universität Karl-Marx-

Stadt festgehalten. — Es ist nicht so, daß sie mir das offen ins Gesicht gesagt hätten.

Der Elektriker, der im Zimmer des Parteisekretärs eine Glühbirne wechseln mußte, hat dieses Papier auf dessen Schreibtisch gesehen und mir davon berichtet.

Im Inneren durften die Menschenrechte also keinesfalls Schule machen, die die DDR-Regierung nach außen vorgab einzuhalten.

Trotzdem sollten wir uns dankbar daran erinnern, daß bei allen Verhandlungen mit der DDR, z.B. im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Frage der Menschenrechte und menschlichen Erleichterungen von der Bundesregierung immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Die DDR war dadurch letztendlich doch zu einigen Zugeständnissen gezwungen. Die Mauer wurde ein wenig durchlässiger. Nicht nur Rentner — auch jüngere Leute — konnten mitunter den freien Teil Deutschlands in Augenschein nehmen. Das hat dazu beigetragen, daß eine Entwicklung in Gang kam, an deren Ende bei vielen der Zorn die Angst besiegte.

Sozialistische Experimente können über längere Zeit nur im geschlossenen System, unter Druck und Zwang stattfinden. Sobald der Deckel ein wenig gelüftet wird, ist der Dampf raus!

Schotten einfach dicht gemacht

Der eigentliche Grund für Stacheldraht, Mauer und Schießbefehl lag ja darin, daß die Menschen, denen freie Wahlen vorenthalten wurden, schon 1961 einfach mit den Füßen abstimmten. Vor der Schließung der Grenze verließen — wenn ich mich recht erinnere — monatlich etwa 30.000 Menschen die DDR über Westberlin. Auch waren die enormen Probleme, die sich aus dem unterschiedlichen Wert

zweier Währungen ergaben, nicht mehr beherrschbar. Deshalb wurden die Schotten einfach dicht gemacht. Das widersprach zwar dem Potsdamer Abkommen, auf dessen Einhaltung die DDR-Führung ansonsten großen Wert legte. Das Risiko einer militärischen Auseinandersetzung wurde bewußt in Kauf genommen. Die Ausführung der Nacht- und Nebel-Aktion war in die Hände der Kampfgruppen der Arbeiterklasse gelegt. Die einzige Reaktion der Westalliierten bestand darin, daß ein gepanzertes Fahrzeug der Amerikaner bis an die Grenze heran fuhr und dann umkehrte. Dieser Akt ging in die Geschichtslehrbücher der DDR ein als beispiellose Gefährdung des Weltfriedens.

Ulbricht hatte kurz zuvor erklärt, die DDR dächte nicht daran, eine Mauer zu errichten. Sie brauche das Material, um Häuser für die Werktätigen zu bauen. Der Begriff Mauer wurde dann im DDR-Jargon auch nicht verwendet, sondern das Bauwerk, das in der Weltgeschichte seinesgleichen suchen muß, wurde als antifaschistischer Schutzwall bezeichnet. Sie rühmten sich sogar, daß sie den Stacheldraht dafür im Westen gekauft hätten.

Abteilung Desinformation

Der DDR-Bevölkerung wurden angebliche Angriffspläne der sogenannten Bonner Ultras vorgelegt, die durch den heldenhaften Einsatz der Kampfgruppen gerade noch gestoppt werden konnten. Heute wissen wir von der Abteilung X des Staatssicherheitsdienstes. Das war die Abteilung Desinformation. Sie arbeitete intensiv und mit internationalem Erfolg am Image eines faschistischen Staates „BRD“, gegen dessen Aggressionslust man sich eben gerade durch diesen Schutzwall — die Grenzbefestigungsanla-

gen des souveränen Staates DDR — schützen müsse. Die Hindernisse und die Wachsamkeit waren aber vor allem nach innen gerichtet mit dem einzigen Zweck, die eigene Bevölkerung beieinander zu halten.

Es gab Selbstschußanlagen, mit zerhacktem Blei bestückt, installiert mit vorsätzlicher Tötungsabsicht. 238 Menschen sind an dieser Grenze getötet worden. Neueste Erkenntnisse sprechen sogar von 807 Toten. Es gab 700 Fälle versuchten Totschlags und etwa 1000 Fälle versuchter Tötung. Hinzu kommt, was sich im Inneren des Landes, hinter Gefängnismauern und in Lagern abgespielt hat. Darüber existiert noch kein umfassender Überblick. Die Opferverbände leisten hier eine sehr verdienstvolle Arbeit, auch bei der Betreuung von Opfern.

Unverständliches Interesse

Den Opfern, die an Leib — und oft noch mehr an der Seele — beschädigt sind, wird kaum noch öffentliche Aufmerksamkeit gewidmet, während die Verantwortlichen und geistigen Wegbereiter des alles wieder — oder vielleicht immer noch — als gern gesehene Interviewpartner und geistreiche Plauderer in Talk-Runden gehandelt werden.

Daß von den Schreibtischtätern des Staatssicherheitsdienstes im Auftrag der SED-Führung weiteres geplant war, das das Fassungsvermögen eines gesunden Menschenverstandes weit überschreitet, das belegen u.a. die Untersuchungsergebnisse des Sonderausschusses des Sächsischen Landtages. Und wenn sich die Gerichtsbarkeit des demokratischen Rechtsstaates zaghaft mit dem allen befaßt, dann ist landauf, landab das Geschrei von der Siegerjustiz zu hören. Auch wenn Sie sich zunächst wundern

werden, so sage ich es doch: Es ist falsch, immer nur zu sagen: Das alles hat die PDS zu verantworten. Weil das eben nur einen Teil der Wahrheit trifft. Die PDS besteht zwar zu 95 Prozent aus SED-Genossen, die nahtlos durch einfache Umbenennung hineingekommen sind. Diese 95 Prozent stellen aber lediglich fünf Prozent der Gesamtzahl aller ehemaligen SED-Mitglieder dar. Auch wenn anzunehmen ist, daß es sich dabei um den harten Kern handelt — am Unterdrückungsapparat waren mehr als diese fünf Prozent beteiligt.

Richtig ist: Die PDS ist die Nachfolgeorganisation der SED. Sie hat das Erbe rechtskräftig angetreten. Ein Erbe kann nur ganz oder gar nicht übernommen werden. Was wäre aber denn gewesen, wenn sie dieses Erbe nicht angetreten, sich neu gegründet hätten, aber trotzdem die gleiche Politik betrieben?

Wir haben es uns bisher oft zu leicht gemacht, und nur den Teil der Verantwortung der PDS ins Blickfeld gerückt, der für die Vergangenheit steht. Viel wichtiger ist es jedoch, sich mit der PDS-Politik der Gegenwart auseinanderzusetzen.

Falsches Menschenbild

Denn diese Politik baut weiterhin auf dem falschen Menschenbild auf, das davon ausgeht, daß der Mensch gut ist. Sie suggeriert weiterhin, man brauche nur die Verhältnisse zu ändern, um dem Guten im Menschen zum Durchbruch zu verhelfen. Der Mensch sei auch nicht von sich aus für sein eigenes Tun verantwortlich, weil er eben nur ein Produkt der Verhältnisse ist. Eine fortschrittliche, d.h. eine linksintellektuelle Elite weiß, was gut für alle ist. Sie nimmt sich das Recht heraus, die Menschen zu ihrem Glück zu zwingen. Der Staat, wenn er nur schön

links bestimmt ist, wird schon alles richten! (Ein Gedanke, der auch der SPD nicht ganz fremd ist.) Weicht die tägliche Praxis dann erheblich von der heilen Welt der Theorie ab, können nur reaktionäre Feinde mit ihrer politisch-ideologischen Untergrundtätigkeit, Sabotage usw. dafür verantwortlich sein. Das ist dann genau der Boden, auf dem Bespitzelung und Staatsterror, Mauern, Stacheldraht und Selbstschußanlagen, Internierungs- und Isolierungslager wachsen.

Grundfalscher Ansatz

Es handelt sich nicht um einen gescheiterten sozialistischen Versuch, der das nächste Mal gelingen kann, wenn man es nur gescheiter anstellt. Der Ansatz ist grundfalsch! Mit noch so hohen Künsten läßt sich kein gutes Ergebnis herausbekommen. Es gibt kein einziges Beispiel, wo es anders war!

Das sind die Erfahrungen der Mehrheit der Ostdeutschen, die eindeutig dem entgegen stehen, was auch in manchen westdeutschen Köpfen spukt. Das ist unsere Botschaft, auch an die Wähler der PDS, die wir keineswegs verteufeln, sondern — soweit es geht — davon überzeugen möchten, daß sie auf das falsche Pferd setzen.

Es ist auch nicht wahr, daß die Mitglieder der Christlich Demokratischen Union einem eiskalten „Kapitalismus“ das Wort redeten. Wir sehen sehr wohl, daß es soziale Nöte und Ängste gibt. Auch wir haben Visionen von einer besseren Welt. Auch wir wissen, daß die Gesellschaft, so wie sie jetzt organisiert ist, keinesfalls als vollkommen angesehen werden kann. Aber die Tatsache, daß jeder seine Meinung jetzt frei äußern kann — anders als früher —, daß es enorme Gestaltungsmöglichkeiten gibt, weil eben nicht von

vornherein jeder Gedanke in ideologisch festgelegten Bahnen verlaufen muß — eröffnet doch gerade die Möglichkeit der Veränderung zum Besseren.

Die PDS kann nichts für die Menschen tun, selbst wenn sie es wollte, denn ihr fehlt der gesamtdeutsche Rückenhalt. Ihre immer noch vom Marxismus-Leninismus geprägte Ideologie beeinflusst nachhaltig ihre Strategie. Und diese besteht nach wie vor darin, die Widersprüche in der Gesellschaft zu schüren und zu verschärfen, um einen Umsturz vorzubereiten. Schauen Sie ruhig mal wieder hinein in die alten Lehrbücher. Sie lesen sich heute sehr viel interessanter als früher!

In neuer Verpackung

Und weil es in der strategischen Linie nicht vorgesehen ist, Gegensätze abzubauen, deshalb liegt es der PDS auch fern, zur Einheit Deutschlands irgendetwas beizutragen. Denn Zuwachs kann sie nur erwarten, wenn es ihr gelingt, die Gegensätze in Deutschland am Kochen zu halten.

Das Programm der PDS enthält die alten politischen Thesen in einer neuen Öko- und Sozio-Verpackung. Sie macht Forderungen auf, deren Erfüllung die Bundesrepublik Deutschland in den gleichen Staatsbankrott trieb, in dem sich die DDR am Ende — und auch schon vor ihrem Ende — befunden hat.

Die interessantesten Auskünfte über die wahren PDS-Absichten vermittelt ihr Entwurf für eine endgültige Verfassung Deutschlands. Dieser Verfassungsentwurf hat mit dem Grundgesetz nicht mehr das geringste zu tun. Die repräsentative Demokratie soll von einer Räte-Republik überlagert werden. Das ist der alte Trick, den schon Lenin anwandte, um mit einer

Minderheit, die er Bolschewiki nannte, die Mehrheit zu übertölpeln. Die vom Volk unmittelbar gewählten Abgeordneten sollen durch die Räte, die über gemischte, zum Teil indirekte Wahlverfahren, an denen durch Funktionäre beherrschte Verbände beteiligt sind, in die Ecke gedrängt werden. Von den Verbänden, die die PDS der Mitwirkung für würdig befindet, sind die Kirchen ausdrücklich ausgenommen.

Der Staat soll nach PDS-Vorstellungen eine Generallizenz für alles und jedes bekommen, von der Steuerung der Wirtschaft bis zur Erziehung der Kinder. — Da kann man nur sagen: Auf zur nächsten Runde! Es ist alles vorbereitet! Nur noch einen Zacken schärfer.

Um ja recht viele dafür zu gewinnen, wird eine weitere Kriegslist ins Feld geführt: Die Ausgrenzungstheorie. Da wird das große Geschrei angestimmt, alle ehemaligen SED-Genossen seien von der Mitwirkung im demokratischen Rechtsstaat ausgegrenzt. Da das eine der größten Lügen ist, muß man sich wundern, daß diese so leicht verfängt. Selbst hochrangige CDU-Politiker scheinen hier anfällig zu sein.

Keine Ausgrenzung

In Wahrheit sind ehemalige SED-Genossen, soweit sie nicht gegen Menschenrechte verstoßen haben oder für den Staatssicherheitsdienst tätig waren, weiterhin in großer Zahl als Hochschullehrer, als Lehrer, als Polizeibeamte, als Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, in Rundfunk- und Fernsehsendern, als Journalisten, ja sogar als Chefredakteure einflußreicher Tageszeitungen tätig. In diesen Bereichen sind sie, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung der DDR, sogar überrepräsentiert. — Ich meine, daß das immer mal wieder gesagt

werden muß, ohne jedesmal gleich in Bitterkeit zu verfallen.

Es ist gut und richtig, wenn nach Parteizugehörigkeit nicht mehr gefragt wird, sondern nur noch danach, ob einer für seine jeweilige Aufgabe geeignet ist. So ganz fröhlich kann ich aber auch nicht sein, wenn ich daran denke, daß es viele gibt, die mit der SED nie etwas zu tun hatten, ein angemessenes Wirkungsfeld aber noch nicht wieder gefunden haben, weil ihre Startchancen eben ganz einfach geringer waren. Wir wollen, wenn wir die Politik in Sachsen weiter gestalten können, alles tun, damit sich möglichst viele bald wieder einer lohnenden Aufgabewidmen können.

Wenn wir mit dem Aufbau vorankommen, wird das allen nützen, dem ehemaligen SED-Mitglied genauso wie dem ehemals Parteilosen, den Wählern der PDS genau so wie denen anderer Parteien. Hier gibt es keine Abgrenzung und keine Ausgrenzung.

Wiederholung ausschließen

Grundsätzlich anders sieht das nach meiner Überzeugung aus, wenn es um die Beteiligung an der Macht geht. Eigentlich ist es doch wohl nicht zuviel verlangt, daß sich diejenigen, die in der DDR Macht ausgeübt haben mit den bekannten Folgen, jetzt zurückhalten. Die Sächsische Union jedenfalls sieht keinerlei Anlaß, sich für diese Kreise zu öffnen oder dort gar um Mitglieder zu werben.

Wenn die Wiederholung der Geschichte vermieden werden soll, dann muß es einen gesellschaftlichen Konsens geben, der in der Ächtung der geistigen Grundlagen besteht, die in die Unfreiheit und in den Ruin geführt haben. Es kann nicht gut gehen, wenn sehr bald schon wieder davon gesprochen wird, daß es auch

brauchbare Ansätze und edle Gestalten innerhalb einer ansonsten verachtenswerten Organisation gegeben habe. Die Wirklichkeit läßt sich sicherlich nie ganz lupenrein in schwarze und weiße Felder einteilen. Sobald aber zugestanden wird, daß ein schwarzes Kapitel eventuell auch grau gewesen sein könnte, wird sich bald alles in ein trübes Weiß verwandeln. Dann fließen über die Risse der wiedergewonnenen Salonfähigkeit die ersten Rinnsale, die sich zu verheerenden Dammbürchen ausweiten können.

Für klare Verhältnisse

Es kommt darauf an, die Grenze deutlicher zu ziehen. Wer — wie jetzt auch die sächsische SPD — alles in einen Topf wirft und kräftig umrührt, wer vorgibt, ein Allheilmittel gegen alte und neue Ungerechtigkeiten zu besitzen, der kann zwangsläufig die Grenze nicht mehr finden zu denen, die schon immer vorgaben, die absolute Gerechtigkeit gepachtet zu haben. Und es zeigt sich, daß sie auch die Grenze nicht mehr finden, wo die Gürtellinie verläuft.

Ich gebe zu, daß es mir zunächst verlockend erschien, das in Mecklenburg-Vorpommern entwickelte Plakat mit dem „Nein“ unter dem SED-Symbol der verschlungenen Hände auch in Sachsen zu verwenden. Aber ich bin inzwischen davon überzeugt, daß wir es gar nicht brauchen. Die Sachsen wissen auch so, was läuft!

Wir stehen für klare Verhältnisse! Wir wehren uns gegen alle, die neue Gegensätze zwischen Ost und West auftürmen wollen. Wir werden unsere Bemühungen darauf richten, daß die Auswirkungen des 13. August 1961 in unserem wiedervereinigten Deutschland und in den Köpfen und Herzen der Menschen überwunden werden. ■

Den Radikalen nicht den kleinen Finger

Anläßlich der Landestagung des EAK-NRW am 20. August in Bochum nahm der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Jochen Borchert, Stellung zu radikalen Strömungen und Gruppierungen, die unsere Gesellschaft und Demokratie bedrohen.

Borchert erinnerte an die Worte des ersten Vorsitzenden des EAK, Hermann Ehlers: „Die Erfahrungen des Dritten Reiches haben uns gelehrt, daß derjenige, der dem politischen Radikalismus den kleinen Finger gibt, nicht davor geschützt ist, daß er ihm in kurzer Zeit die ganze Hand reicht.“

In Sachsen-Anhalt haben die Sozialdemokraten einen der wichtigsten Leitsätze ihres ersten Bundes-Parteivorsitzenden vergessen oder aus reinem Machtkalkül verdrängt: Kurt Schumacher wußte noch aus eigener leidvoller Erfahrung um die Gefahren von rechtem und linkem Radikalismus. Er bekämpfte kompromißlos Nationalsozialisten wie Kommunisten, die er als „rotlackierte Faschisten“ bezeichnete.

Die Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt von Sozialdemokraten und Grünen baut dagegen auf das Wohlwollen der PDS und reicht ihr damit die Hand. Das heißt für Borchert im Klartext:

Quasi-Regierungsverantwortung für die Nachfolgeorganisation der SED, deren Schuldkonto mit der 40jährigen Teilung, mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl längst überzogen ist.

Quasi-Regierungsverantwortung für eine in neuem Gewand auftretende SED, die im Osten unseres Vaterlandes ein wirtschaftliches Chaos hinterlassen hat, und, was am schwersten wiegt, verantwortlich ist für Tote und Verletzte, für den Betrug

und die Ausbeutung einer ganzen Generation, für 40 Jahre schweres menschliches Leid.

Die einfache Namensänderung macht dies nicht vergessen und darf nicht darüber hinwegtäuschen,

- ▶ daß die PDS nach wie vor kommunistische Ziele verfolgt,
- ▶ daß die PDS die Soziale Marktwirtschaft und das private Eigentum abschaffen will.

Borchert äußerte sich auch zu den Motiven der PDS und den Motiven der Wählerinnen und Wähler der PDS.

Manche fühlen sich durch die mit dem Einigungsprozeß in ihrem persönlichen Umfeld verbundenen Veränderungen total verunsichert; sie setzen deshalb auf vertraute Gesichter aus der DDR-Vergangenheit, auf vertraute — aber falsche — Parolen.

Anderen geht es nicht schnell genug; ihnen dauert der ganze Prozeß der inneren Einheit zu lange. Beide Reaktionen sind menschlich, wenn auch nicht für alle nachvollziehbar. Daß z. B. ausgerechnet der SED-Nachfolger PDS diese Unzufriedenheit schürt und sich zunutze macht, ist geradezu ein Schurkenstück.

Die von dem SED-Nachfolger PDS angepriesenen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte sind zwar oft einfach, weltweit aber schon gescheitert. Freiheit und Wohlstand kann man in einer kommunistischen Planwirtschaft vielleicht verordnen, in der Wirklichkeit scheitern diese Verordnungen am Freiheitswillen der Menschen, an den Gestaltungswünschen der Bürgerinnen und Bürger, an der Unfähigkeit totalitärer Systeme, differenzierte gesellschaftliche Prozesse zu begreifen, geschweige denn, gezielt zu steuern.

Junge Union: Gemeinsinn statt Egotrip

Die jungen Bundestagskandidaten der CDU/CSU und der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, sind zu einem Gespräch zusammengekommen. Nach dem Treffen erklärte der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hermann Gröhe, in Bonn:

Wir haben in dem zweieinhalbstündigen Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden viele Übereinstimmungen bei den wichtigen Themen der nächsten vier Jahre feststellen können. Einig waren wir uns vor allem darin, daß in unserer Gesellschaft mehr Veränderungsbereitschaft nötig ist, um den zukünftigen ökonomischen, ökologischen und internationalen Herausforderungen gewachsen zu sein. Um die Bundesrepublik fit für die Zukunft

zu machen, müssen wir vor allem klare Prioritäten für die anstehende Arbeit setzen. Die notwendigen Reformen werden aber nur gelingen, wenn wir in Deutschland auf Gemeinsinn statt auf Egotrip setzen. Unser Top-Thema der



nächsten Jahre ist dabei die Familie, die wir finanziell unterstützen und in ihrer Bedeutung stärken wollen.

Die Junge Union Deutschlands geht derzeit davon aus, daß mehr als zwanzig CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete aus den Reihen der JU im nächsten Bundestag Politik für junge Leute machen werden.

Standort Deutschland.

Wir schaffen die Arbeitsplätze:

Der Mittelstand!

MIT

Mittelstandsvereinigung
der CDU/CSU

Unter diesem Motto findet am 22. und 23. September 1994 in Magdeburg der 38. Bundesmittelstandskongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) statt.

Auf dem Kongreß wird die „Magdeburger Erklärung“ diskutiert und verabschiedet, in der die Mittelstandsvereinigung ihre politischen Ziele und ihre Forderungen an die künftige Bundesregierung zusammenfaßt. Als Kongreßort ist Magdeburg bewußt gewählt wor-

den, um den Stellenwert der neuen Länder für den deutschen Mittelstand zu demonstrieren. Zudem sollen der von der PDS tolerierten rot-grünen Landesregierung mit ihrem wirtschaftsfeindlichen Programm vor Ort an der sozialen Marktwirtschaft orientierte Grundsätze entgegengesetzt werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl wird zu unserem Kongreß kommen und am Samstag, dem 23. September, um ca. 11 Uhr reden.

»... Danke für den schönen Tag!«

Unter dem Motto „Auf in den Familiensommer“ veranstaltete die CDU-Bundesgeschäftsstelle drei große Familienfeste. Mit insgesamt fast 20 000 Gästen nicht nur ein zahlenmäßiger Erfolg.

Strahlende Kinderaugen in Büsum, Templin und Ostseebad Prerow waren der schönste Lohn für alle Mitarbeiter und Vertreter der beteiligten CDU-Verbände. Und das Resultat der drei Modell-Familienfeste hat wieder einmal gezeigt, daß Politik nicht nur durch den Kopf, sondern auch ins Herz gehen kann.

Die Familien, die aus den drei Ferienorten in Schleswig-Holstein, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nach Hause zurückkehren, werden ihren Tag bei der CDU sicher so schnell nicht vergessen. Denn im Vordergrund standen die Kinder — die Politik trat ein wenig in

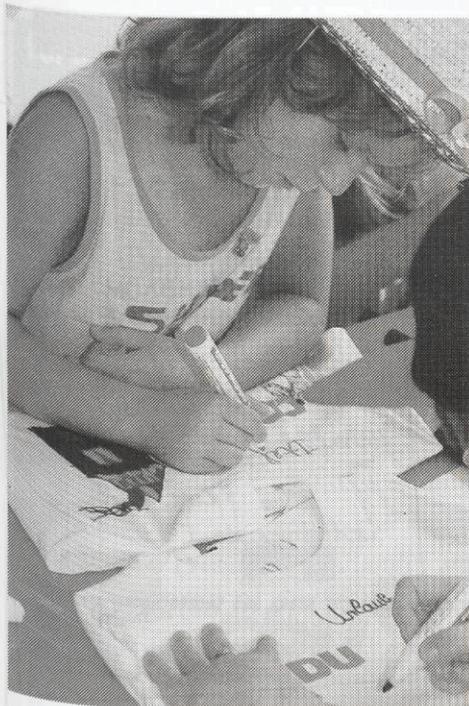
den Hintergrund, ohne sich dabei zu verstecken. Und neben zahlreichen Aktivitäten zum Mitmachen wurde mit Clowns, Zauberern, Kinder-Karaoke und dem bekannten Kindersänger Volker Rosin ein Rahmenprogramm geboten, das nie Langeweile aufkommen ließ. Zwischen

**CDU-Familienfeste
in Büsum, Templin und
dem Ostseebad Prerow**

Schnuppi-Dosenwerfen und Springburg fanden daneben unzählige Gespräche zwischen Politikern sowie Kandidaten der CDU und Gästen statt. Am Ende der letzten Veranstaltung im Ostseebad Prerow fand sich ein Zettel am „Wunschbaum“ mit der Aufschrift: „... Danke für den schönen Tag!“



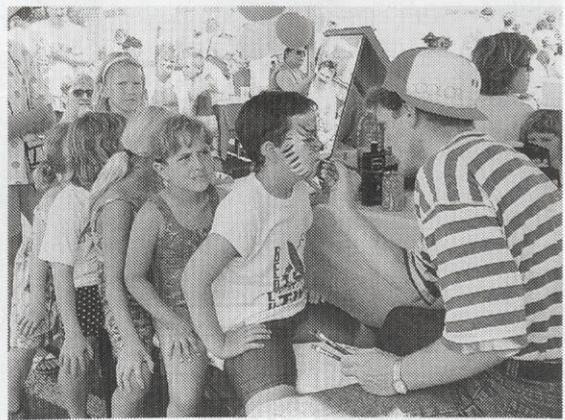
Der Marktplatz von Templin (Brandenburg) wurde für einen Tag zum Spielparadies.



▲ „Schnuppi-Springen“. Die CDU-Variante des Sackhüpfens machte besonders viel Spaß.

▲ Der große Renner auf allen drei Festen: T-Shirt-Bemalen. Über 5000 Kinder wurden so stolze Besitzer eines CDU-Shirts Marke Eigendesign.

▲ Ein altes Dampfkessel lockte nicht nur die Kleinen. Einen Hauch Kinderzeit-Romantik spürten auch viele ältere Gäste.



▲ Beim Gesichter-Bemalen standen die Kinder geduldig an. Das anschließende Erinnerungsfoto wandert bestimmt in unzählige Familienalben.

Eine Auswahl vom „Wunschbaum“

Mein Wunsch an die Politiker bzw. an die Politik ist:

- Daß sich die Politiker mehr für die Kinder einsetzen.
- Keine Lehrer wie Frau Richter.
- Daß Kinder mehr in der Politik mitreden können.
- Ich wünsche mir die Abschaffung der Hausaufgaben.
- Daß die Umwelt besser geschützt wird.
- Bessere Lehrer und mehr Taschengeld.
- Daß sich alle einsetzen, daß es keinen Krieg mehr gibt.
- Daß die Lehrer eine Prüfung machen müssen, ob sie nett oder streng sind und daß man dann die Klasse warnt.
- Bessere soziale Verhältnisse für Erwerbsunfähige.
- Danke für den schönen Tag!

**AUF
IN DEN
FAMILIEN
SOMMER**

WUNSCHBAUM

Mein Wunsch an die Politiker/Politik ist:

*Blauert soziale Ver-
hältnisse für Erwerbs-
unfähige.
Danke, für den
schönen Tag.*



CDU



An einem „Wunschbaum“ konnten Kinder und Eltern ihre Wünsche an Politik und Politiker anbringen.

Für Deutschland:

Mit Volldampf für die Zukunft Deutschlands kämpfen

Leitfaden für den Bundestagswahlkampf 1994



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

Für Deutschland:

Argumente für Wahlkämpfer

Handbuch der politischen Argumentation



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

● **Argumente für Wahlkämpfer**

Handbuch der politischen Argumentation

Bestell-Nr.: 4977

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 12,50 DM

● **Mit Volldampf für die Zukunft Deutschlands kämpfen**

Leitfaden für den Bundestagswahlkampf 1994

Bestell-Nr.: 4994

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 9,— DM

● **Neu: CDU-Schlüsselanhänger**

Jede Verpackungseinheit enthält jeweils 10 Expl. in den Farben blau, gelb, mintgrün und transparent

Bestell-Nr.: 9961

Verpackungseinheit: 40 Expl.

Preis je 40 Expl.: 42,— DM



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum,

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax: (0 54 23) 4 15 21, 54 69 und

4 28 20

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Kennste Deutschland?

(aktualisierte Auflage)

Witzig, informativ und mit viel Spielspaß präsentiert sich das erste Computerspiel der CDU. Und wer hier die Reise via Computer quer durch Deutschland auf dem kürzesten Wege bewältigen möchte, der muß sich schon sehr gut in Deutschland auskennen, um das dafür notwendige Fahrgeld zu verdienen, um zu wissen, welche Stadt dem Ziel am nächsten liegt oder ob vielleicht ein Umweg über X-Stadt lohnt, um von dort mit dem Flugzeug weiterreisen zu können. Doch Vorsicht, das Ticket für die Flugreise muß zuerst verdient werden.

Zur Auflockerung erhalten Sie zwischen- durch die Gelegenheit, Ihre Geschicklichkeit in dem neuentwickelten CDU-Quadriz unter Beweis zu stellen.

Kennste Deutschland, das Familien-Computerspiel, kann mit bis zu 4 Spielern gegen- und miteinander gespielt werden.

Systemvoraussetzungen sind ein IBM-kompatibler Rechner mit MS-DOS 4.0, ein 3,5-Zoll-Laufwerk und VGA-Grafikkarte.



- Bestell-Nr.: 9849
- Verpackungseinheit: 10 Expl.
- Preis je 10 Expl.: 25,— DM

UiD

27/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementpreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.